

"Wir bewegen Hessen-Nord"



Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Stadthalle Eschwege
03.06. und 04.06.2023

ANTRAGSSPIEGEL

L Leitantrag

L 1 Wir bewegen Hessen-Nord! Bezirksvorstand

U Umweltschutz/Verkehr

U 1 Die Bahn endlich Barrierefrei! Bezirksvorstand
U 2 Höhere Entschädigungssummen bei
Verspätungen Nah- und Fernverkehr
der Bahn Unterbezirk Kassel-Stadt
U 3 Pfandpflicht für Elektronikartikel Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
U 4 Progressive Wassergebühren Unterbezirk Kassel-Land

RI Rechts- und Innenpolitik

RI 1 Schallwaffen gegen Kinder und Bezirksvorstand
Jugendlichen? Den Mosquitos-Wahnsinn
in Deutschland verbieten!
RI 2 Verbot von Einweg E-Zigaretten Unterbezirk Fulda
RI 3 Einschränkung von Werbung für Unterbezirk Schwalm-Eder
alkoholische Getränke
RI 4 Kein Bier nach 20 Uhr Unterbezirk Schwalm-Eder
RI 5 Umfassende Reform des Justizvollzugs Bezirksvorstand
umsetzen, um effektive Resozialisierung
zu ermöglichen
RI 6 Hessische Gefängnisse reformieren: Bezirksvorstand
Alltag in Gefängnissen umgestalten, auf
Prävention und Resozialisierung setzen
RI 7 Ersatzfreiheitsstreifen entbehrlich machen! Bezirksvorstand

B Bildung

B 1 Angleichung der Längen von Unterbezirk Fulda
Schulhalbjahren
B 2 Verpflichtung eines Besuchs einer Unterbezirk Kassel-Land
NS-Gedenkstätte
B 3 Schule von gestern, Kinder von heute Unterbezirk Kassel-Land
Probleme von morgen – FLEX Einführen!
B 4 Reform des Jura-Studium in Hessen Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
B 5 Das Fahrschulsystem endlich anpacken! Bezirksvorstand

SZ Soziales, Arbeit und Steuern

- | | | |
|------|--|--------------------------------|
| SZ 1 | Psychotherapie auf den neuesten Stand bringen, Neurodivergente Personen und Personen mit psychischen Erkrankungen unterstützen | Bezirksvorstand |
| SZ 2 | Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer! | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| SZ 3 | Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| SZ 4 | Schattenwirtschaften bekämpfen – Reinigungskräfte fair entlohnen | Bezirksvorstand |
| SZ 5 | Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für Voll- und Teilzeitkräfte, insbesondere im Rahmen der Beschäftigung in Zeitarbeit. | Unterbezirk Kassel-Stadt |

O Organisation und Satzung

- | | | |
|-----|---|-------------------------|
| O 1 | Grüßen können wir uns auch auf der Straße | Unterbezirk Kassel-Land |
| O 2 | Parteistruktur beginnt unten | Unterbezirk Kassel-Land |
| O 3 | Finanzielle Transparenz | Unterbezirk Kassel-Land |

Samstag, 03. Juni 2023
Jugendherberge Eschwege, Jardin de Saint
Mandé 1, 37269 Eschwege

14.00 Uhr: **Anreise**

14.30 Uhr: Get together

15.30 Uhr: Kaffee und Kuchen

16.00 Uhr: Antragsberatung

AG 1

AG 2

18.00 Uhr: Abendessen

20:30 Uhr: Kneipentour

Sonntag, 04. Juni 2023
Stadthalle Eschwege, Wiesenstraße 9, 37269
Eschwege

10.00 Uhr: **Konstituierung**

- Wahl eines Präsidiums (3 Mitglieder)
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (8 Mitglieder)
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung der Geschäftsordnung

10.15 Uhr: **Grußworte**

ca. 11.30 Uhr **Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes**

- Aussprache
- Bericht der Kontrollkommission
- Entlastung des Bezirksvorstandes

12:00 Uhr: **Mittagessen**

13.00 Uhr: **Einbringung des Leitantrages L 1 des Bezirksvorstandes**

Danach **Aussprache zum Leitantrag**

Danach **Antragsberatung**

14:00 Uhr: **Antragsberatung und Wahlen**

Wahlen:

- Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender
- stellv. Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender (Bundesausschuss)
- stellv. Bezirksvorsitzende (7)
- Kontrollkommission (5)
- Bundeskongressdelegierte (9)
- Nominierungen

18:00 Uhr: **Schlusswort und Ende der Konferenz**

Geschäftsordnung zur Juso-Bezirkskonferenz am 04.06.2023

1. Die Bezirkskonferenz wird von einem gewählten Präsidium geleitet, das aus drei Mitgliedern besteht: 2 Präsidium, 1 Schriftführer*in. Die Wahl kann, wenn niemand widerspricht, per Akklamation erfolgen.
2. Über die Bezirkskonferenz wird eine Niederschrift angefertigt. Der Versammlungsleitung steht als Hilfsorgane eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission zur Verfügung. Jeder Unterbezirk kann für diese eine Person benennen.
3. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit obliegt dem Präsidium.
4. Das Wort wird in der Reihenfolge der eingegangenen Wortmeldungen erteilt. Die Wortmeldungen werden alternierend nach Geschlecht aufgerufen. Mitglieder des Bezirksvorstands müssen während des Tätigkeitsberichtes auch außerhalb der Reihenfolge gehört werden.
5. Anträge zur Tagesordnung können nur bis zur Beschlussfassung über die Tagesordnung gestellt werden.
6. Anträge zur Geschäftsordnung sind jederzeit möglich. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag kann nur je ein*e Redner*in dafür und dagegen das Wort ergreifen.
7. Initiativanträge können nur dann zugelassen werden, wenn der Inhalt des Antrages auf einem besonders aktuellen Anlass basiert. Im Zweifel entscheidet die Konferenz ohne Sachdebatte über die Zulässigkeit eines Initiativantrages.
8. Initiativanträge müssen von 15 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken durch Unterschriften unterstützt sein. Der Initiativantrag ist vorab bis zum 31. Mai 2023 beim Juso-Bezirksbüro per Email und auf dem Musterinitiativantragsformular einzureichen (Word-Dokument). Die Unterschriften können am 04. Juni 2023 bis 11:00 Uhr nachgereicht werden.
9. Änderungsanträge zum Antragspaket müssen bis spätestens zum 30. Mai 2023, 11:00 Uhr beim Juso-Bezirksbüro per Email auf dem dafür vorgesehenen Musteränderungsantragsformular (Word-Dokument) eingereicht werden.
10. Die Redezeit der Diskussionsredner*innen beträgt längstens drei Minuten. Eine Verlängerung der Redezeit bedarf der Zustimmung der Konferenz. Gleiches gilt für die Vorstellung der zur Wahl stehenden Kandidat*innen.
11. Der Antrag auf Schluss der Debatte ist jederzeit möglich. Er kann nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der Aussprache zu der betreffenden Sache nicht beteiligt haben.
12. Die Abstimmung über Anträge auf Schluss der Debatte erfolgt, wenn Gelegenheit zur Stellungnahme je einmal für und gegen den Antrag gegeben war.
13. Die Wahlen finden geheim nach der Wahlordnung der Partei statt. Abstimmungen und Nominierungen erfolgen grundsätzlich per Akklamation.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: L 1
Antragsteller: Bezirksvorstand
Adressat: Juso-Bezirkskonferenz
Betr.: Wir bewegen Hessen-Nord!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2

3 Hinter den Jusos Hessen-Nord liegen drei Jahre, die von politischen und gesellschaftlichen
4 Krisen geprägt waren. Wir blicken auf die Corona-Pandemie zurück, die uns und dem Verband
5 viel abverlangt hat. Direkt gefolgt von der Ukraine-Krise leben wir in einer orientierungslosen Zeit.
6 Um Ideen für eine Politik mit Zukunft zu gestalten ist für uns klar: Es braucht einen starken Juso-
7 Verband in Hessen-Nord.

8
9 **Eine starke Vernetzung bringt einen starken Verband!**
10 Alle Landkreise nördlich von Marburg und Fulda sind im nordhessischen Bezirk organisiert. Wir
11 sind ein Jugendverband der sich als sozialistisch, feministisch und internationalistisch versteht.
12 Wir bewegen Hessen-Nord und zeigen das täglich in unserer politischen Arbeit.

13 Ein Verband ist nur so stark wie seine Mitglieder. Dabei ist das miteinander ein wichtiger Faktor.
14 Denn ein Verband lädt nur zum Bleiben ein, wenn sich die Mitglieder untereinander wohlfühlen.
15 Dafür will der Juso Bezirk Hessen-Nord Rahmenbedingungen stellen, die alle Jusos zum
16 Mitmachen einladen. Der Bezirk hat einen Bildungsauftrag und gilt als Bindeglied zur
17 Bundesebene. Mit Neumitgliederseminaren, Verbandstagen und Bildungs- und
18 Diskussionsveranstaltungen sorgt er für politische Nachwuchsarbeit. Die Veranstaltungen sind
19 ein Ort, an dem sich Jusos aus ganz Hessen-Nord über ihre politische Arbeit austauschen
20 können, voneinander lernen und die Arbeit des Bezirks prägen. Die Verantwortlichkeit zur
21 Schaffung dieser Veranstaltungen obliegt dem Juso-Bezirksbüro unter den Anweisungen des
22 Bezirksvorstand. Um eine langfristige Arbeit zu gewährleisten, geht der Bezirksvorstand
23 weitsichtig und nachhaltig mit seinen Finanzen um. Um Ressourcen zu schonen, achten die
24 Jusos Hessen-Nord auf eine verbindliche Zusage und Rückmeldung für Veranstaltungen und
25 gehen sorgsam mit den Materialien des Bezirks um.

26
27 **Diversität und Vielfalt im Verband sichtbar machen!**

28 Der Juso-Verband besteht aus einer breiten Vielfalt von Menschen, und diese Vielfalt sollte sich
29 auch in unseren Strukturen widerspiegeln. Um sicherzustellen, dass auch BIPOC (Black,
30 Indigenous and People of Color) und ihre Perspektiven im Verband sichtbar werden, müssen wir
31 sie stärker empowern. Auch in der politischen Arbeit sind BIPOCs von Rassismus und
32 Diskriminierung betroffen. Ihnen gilt unsere Solidarität und Unterstützung! Bei solchen
33 Erfahrungen ist sind die Mitglieder des Bezirksvorstands und Beschäftigten der Geschäftsstelle
34 diskrete und sensible Ansprechpartner*innen. Die Jusos Hessen-Nord unterstützen die
35 Schaffung von Strukturen um BIPOCs im Verband zu empowern. Dabei wird der Verband mit dem
36 Landes- und Bundesverband zusammenarbeiten. Der Verband muss sich der Verantwortung
37 noch stärker bewusstwerden und lernen, wie er dieser besser gerecht wird. Dafür muss
38 Antirassismus ein weiterer Grundpfeiler der Verbandsarbeit werden.

39

40 **Dort wo wir zuhause sind – Stärkung der Unterbezirke**

41 Die Juso Unterbezirke sind die erste Anlaufstelle für junge Menschen, die sich für eine
42 solidarische und gerechte Welt einsetzen wollen. Ihre Bedeutung für die politische Arbeit der
43 Jusos und der SPD ist von elementarer Bedeutung. In den Unterbezirken der Jusos lernen junge
44 Menschen die wichtigsten Softskills der politischen Arbeit. Kritisch denken, Inhalte diskutieren,
45 Kompromisse eingehen und den politischen Willen durchsetzen sind Fähigkeiten, die in unseren
46 politischen Kämpfen von größter Bedeutung sind. In ganz Deutschland blicken Kanzler,
47 Ministerpräsident*innen, Bürgermeister*innen, Ministerpräsident*innen, Abgeordnete und
48 Kommunalpolitiker*innen auf eine langjährige Juso-Vergangenheit zurück. Die Werte und die
49 politische Arbeit, die wir bei den Jusos lernen, prägen unsere politische Arbeit in der Zukunft.

50 Gibt es in einer Region keine Anlaufstelle für junge Menschen in der SPD oder jene, die es gerne
51 werden möchten, dann geht Potenzial und Wissen verloren. Die Stärke der Jusos Hessen-Nord
52 sind politisch aktive junge Menschen in ländlichen Regionen und Universitätsstädten, die
53 gemeinsam linke Politik voranbringen wollen. Doch die Corona-Pandemie hat den gesamten
54 Verband vor große Herausforderungen gestellt. Konferenzen auf allen Ebenen mussten digital
55 stattfinden, gemeinsame und persönliche Aktivitäten waren nicht mehr möglich. Die
56 Möglichkeiten der Beteiligung, insbesondere für Neumitglieder, waren sehr erschwert. Auch die
57 Weitergabe von wichtigem Juso-Wissen zur politischen Arbeit und Struktur im Verband ging
58 verloren. Dies erschwert nicht nur die politische Arbeit, und demotiviert Jusos, die in ihren
59 Unterbezirken Verantwortung übernehmen wollen und dabei vor Hürden und einem Berg an
60 Satzungsfragen stehen. Diese Strukturen und dieses Wissen müssen wieder aufgebaut werden.
61 Denn nur so funktioniert eine politische Arbeit, die Handeln legitimieren und strukturieren. Und
62 die Verankerung der Unterbezirke in der Region und der SPD vor Ort stärkt und manifestiert die
63 Arbeit der Jusos Hessen-Nord. Denn nur starke Unterbezirke schaffen einen starken Bezirk.

64 Die Arbeit der Unterbezirke wirkt in den Bezirk hinein und schafft damit Legitimation und

65 Rückkopplung der politischen Entscheidungen. Die Zusammensetzung des Bezirksvorstands soll
66 ganz Hessen-Nord widerspiegeln. Das oberste Ziel muss immer sein, dass alle Unterbezirke
67 eine*n Vertreter*in in den Bezirksvorstand entsenden. Die Meinungspluralität innerhalb des
68 Bezirks kann nur dadurch gebündelt werden. Diese Meinungspluralität aus regionalen
69 Gegebenheiten, Unterschieden und Ansichten macht die Arbeit des Bezirks Hessen-Nord so
70 stark.

71 Der Juso Bezirk Hessen-Nord unterstützt dort, wo er gebraucht wird. Der Bezirksvorstand und
72 das Büro der Jusos Hessen-Nord stehen auf Anfrage mit Rat und Tat an der Seite der
73 Unterbezirke. Ob es sich um politische Arbeit, Satzungsfragen oder die Begleitung von
74 Unterbezirkskonferenzen und Sitzungen handelt, das oberste Ziel ist es, alle Jusos in den
75 Unterbezirken so zu unterstützen, dass sie ihre politische Arbeit selbstständig führen können.

76

77 **Dort wo wir Bündnisse schmieden – Die Juso-Doppelstrategie**

78 Wir Jusos sind innerhalb der politischen Linken eine*r der wichtigsten Akteur*innen in der
79 Bundesrepublik Deutschland. Unsere politischen Ziele und Werte können nur erreicht werden,
80 wenn sie in der Gesellschaft verankert werden. Unsere Inhalte entstehen aber nicht im luftleeren
81 Raum. Deshalb ist es wichtig, dass wir unser Engagement nicht auf die Arbeit innerhalb der Jusos
82 und der SPD beschränken, sondern auch in den zivilgesellschaftlichen Raum tragen. Dies ist für
83 uns die sogenannte Juso Doppelstrategie: Sie bedeutet, dass wir in die SPD wirken, jedoch auch
84 außerhalb der SPD in der Gesellschaft aktiv sind und mit anderen zusammenarbeiten.

85 Wir wollen im Rahmen der Doppelstrategie auch Teil der gesellschaftlichen Bewegung sein und
86 in diese hineinwirken. Die Doppelstrategie bedeutet nicht, dass wir in der SPD und bei den Jusos
87 gleichermaßen aktiv sind. Wir wollen in breiten gesellschaftlichen Bündnissen kämpfen. Wie es
88 Jusos seit mehr als 100 Jahren an der Seite vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen tun.

89 Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend ist die logische Konsequenz des Juso
90 Selbstverständnisses. Auch wir Jusos in Hessen-Nord wollen diese Zusammenarbeit ausbauen.

91 Die Verankerung jungsozialistischer und gewerkschaftspolitischer Ziele in den Betrieben und im
92 Verband ist für uns von großer Bedeutung. Hessen-Nord ist Stammsitz und Heimatort für große
93 Wirtschaftsakteure. Sie sind verantwortlich für hunderttausende Arbeitsplätze in der Region. Dass
94 diese Arbeitsplätze erhalten bleiben und sich Unternehmen vor Ort ihrer Verantwortung bewusst
95 sind, müssen wir Jusos Hessen-Nord in unserer politischen Ausrichtung im Blick haben. Daher
96 wollen wir uns mit den Gewerkschaftsjugenden vor Ort vernetzen, Inhalte austauschen und
97 Bündnisse schmieden. Der Kampf um die Ausbildungsplatzgarantie hat gezeigt, welche Wirkung
98 ein solches Bündnis haben kann. Dies gilt es auch in der Region zu pflegen.

99 Auch in Hessen-Nord entstehen neue zivilgesellschaftliche Organisationen mit neuen und sich
100 verändernden Organisationsformen, insbesondere im Bereich der Klimaschutzbewegung. So
101 entstanden auch in Hessen-Nord Ortsgruppen von Fridays for Future. Fridays for Future war in

102 den Universitätsstädten Kassel und Marburg besonders stark, doch auch in ländlichen Gebieten
103 wurden Ortsgruppen gegründet. Für uns als Jusos ist es schon lange klar, dass Klimaschutz und
104 Klimabewusstsein nicht nur in den urbanen Regionen von Bedeutung sind. Wir möchten auch in
105 diesen neuen Bewegungen vertreten sein und als Ansprechpartner für unsere neuen
106 Bündnispartner*innen fungieren.

107

108 **Wir bekämpfen Rechtsextremismus in ganz Hessen-Nord!**

109 Nordhessen hat ein Rechtsextremismusproblem. Die Gründung des „Stützpunkt Kurhessen“ im
110 Schwalm-Eder-Kreis durch die rechtsextreme Kleinpartei III. Weg macht die aktuelle Problemlage
111 und Gefährdung deutlich. Der III. Weg wurde im Jahr 2013 gegründet und hat mehr als 650
112 Mitglieder. Die Mehrheit der Mitglieder wird vom Verfassungsschutz als höchst gewaltbereit
113 eingestuft. Die Gründung kam nicht überraschend, da wir aus unserer politischen Arbeit wissen,
114 dass rechtsextreme Gruppierungen seit Jahrzehnten ein Problem in der Region sind. Die
115 „Scheiteljugend Kassel“ war eine Vorfeldorganisation, die mit aufwendigen Inszenierungen um
116 Nachwuchs warb und in der sich junge Neonazis aus der Region vernetzten. Es ist gefährlich,
117 dass es nach vielen Jahren wieder eine neonazistische Struktur in Nordhessen gibt, die sich
118 organisiert und in eine bundesweite Vernetzung eingliedert. Wir Jusos sind Antifaschist*innen
119 und tolerieren keine rechtsextremen Strukturen.

120 Die Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke haben gezeigt, welche Auswirkungen
121 rechtsextreme Gesinnungen haben können. In der Region ist das Problem bekannt. Wir möchten
122 uns an die Seite engagierter Nordhess*innen stellen! Dort, wo es Strukturen zur Bekämpfung von
123 Rechtsextremismus in den Unterbezirken gibt, wollen wir an der Seite der örtlichen
124 Demokratinnen stehen. Bei Protesten und Demonstrationen gegen Rechts können sich die
125 Bezirksvorstände und die anderen Unterbezirke aufeinander verlassen.

126

127 **Dort wo wir verankert sind – Die politische Linke**

128 Unser Ziel ist es, die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verhältnisse gründlich zu
129 analysieren und auf der Grundlage unserer Grundwerte Antworten für eine soziale, nachhaltige,
130 diverse und zukunftsfähige Politik zu entwickeln. Wir setzen uns für eine Politik ein, die
131 demokratisch und sozialistisch ausgerichtet ist und sich an den Maßstäben der Freiheit,
132 Gleichheit und Solidarität orientiert.

133 Als linker Richtungsverband innerhalb der SPD übernehmen wir auf allen Ebenen eine wichtige
134 Rolle. Ob im Ortsverein, im Stadtparlament, im Kreistag oder im Land- und Bundestag - wir
135 kämpfen für unsere Überzeugungen und vertreten unsere Positionen. Dabei erkennen wir an,
136 dass die Jusos nicht alleine kämpfen können und es Verbündete in der SPD braucht. Nur
137 zusammen können wir die gesellschaftlichen Herausforderungen meistern. Diese Verbündeten
138 finden wir in der Parteilinken, der wir uns zugehörig fühlen. In dieser Funktion wollen wir Debatten

139 anstoßen und gemeinsam Mehrheiten für unsere Ideen finden. Wie das am besten gelingt,
140 müssen die Jusos in ihrer Funktion eigenständig und mit Weitsicht entscheiden. Dabei sollten sie
141 auch Antworten auf Fragen kritisch betrachten, auch innerhalb des Verbands. Wir bleiben
142 trotzdem solidarisch und achten auf ein vertrauensvolles Miteinander, da sich jede*r Juso selbst
143 die Leitfrage beantwortet: Was ist das Beste für den Verband?

144

145 **Dort wo wir Politik gestalten – Die SPD**

146 Die Jusos stehen kritisch-solidarisch zur SPD. Diese Haltung prägt uns seit mehr als 50 Jahren.
147 Im Schweriner Manifest heißt es: „In dieser Tradition ist es unsere Aufgabe, die Mutterpartei
148 solidarisch bei der Erlangung von gesellschaftlichen Mehrheiten für sozialdemokratische
149 Grundüberzeugungen zu unterstützen.“ Diese Haltung leben wir auch auf Bezirks- und
150 Unterbezirksebene und pflegen guten Kontakt zu Funktionär*innen der SPD, um uns regelmäßig
151 auszutauschen. Kritik an Fehlentscheidungen oder Positionen wird von uns konstruktiv geäußert
152 und wir zeigen alternative, jungsozialistische Wege auf. Unsere Kritik äußern wir intern und
153 gegebenenfalls auch öffentlich.

154 Als Jusos haben wir bereits programmatische Erfolge feiern können, sei es in der
155 Antragsberatung, durch Initiativanträge oder in Programmkommissionen vor Wahlen. Wir sind der
156 inhaltliche Motor der SPD und legen großen Wert auf inhaltliche Debatten. Um das Fortzuführen
157 und unsere Punkte zu untermauern, wollen wir auch in den Antragsprüfungskommissionen eine
158 Funktion übernehmen. Kritisch betrachten wir weiterhin die Rolle von
159 Antragsprüfungskommissionen die zunehmend inhaltliche Entscheidungen treffen und damit die
160 Ausrichtung der Partei prägen.

161 Trotzdem sehen wir es auch als unsere Aufgabe, politische Verantwortung in und für die SPD zu
162 übernehmen. Wir möchten junge Menschen darauf vorbereiten, Führungspositionen innerhalb
163 der SPD zu übernehmen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass Jusos durch eine gute
164 Listenplatzierung oder Aufstellung in aussichtsreichen Wahlkreisen tatsächlich in die Lage
165 versetzt werden, in Parlamente einzuziehen. Daher streben wir an, dass der SPD Bezirk Hessen-
166 Nord in seinen Kriterien zur Aufstellung von Listen berücksichtigt, dass vom Juso-Bezirksvorstand
167 nominierte Personen einen Listenplatz unter den ersten zehn Plätzen erhalten.

168

169 **Begründung:**

170

171 Erfolgt mündlich.

172

173

174 angenommen

175 abgelehnt

176 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: U 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Die Bahn endlich Barrierefrei!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 Selbstbestimmte Mobilität ist ein Menschenrecht und muss in einer freien und solidarischen
4 Gesellschaft für alle Menschen, unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben oder nicht,
5 gewährleistet werden. Dabei kommt eine zentrale Rolle den öffentlichen Verkehrsunternehmen
6 zu, vor allem der Deutschen Bahn als Konzern in staatlicher Hand.
7 Es ist für uns in keiner Weise tragbar, dass weder sie noch andere Bahnbetreiber Barrierefreiheit
8 ausreichend umsetzen.
9 Wir fordern deshalb, dass hier endlich weitreichende Verbesserungen durchgesetzt werden:
10 Langfristig müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es sich zum Ziel setzen, dass alle
11 Menschen mit Behinderung jeden Zug in Deutschland völlig ohne die Hilfe einer anderen Person
12 betreten und verlassen können.
13 Dies kann erreicht werden, indem zukünftig nur noch Züge mit stufenlosen Einstiegen und
14 vereinheitlichten Bodenhöhen neu angeschafft werden dürfen und alle Bahnsteige auf diese
15 Bodenhöhe angeglichen werden müssen, damit der Eingang in Züge ebenerdig ist und somit
16 Hublifte für Rollstuhlfahrer*innen überflüssig werden.
17 Alle Bahnsteige müssen über Rampen erreichbar sein, um die Abhängigkeit derjenigen, die die
18 Treppen nicht nutzen können, von häufig defekten Aufzügen zu beenden.
19 Jeder ICE muss immer mindestens einen rollstuhlgerechten Wagen (breitere Türen, Stellplätze
20 für Rollstühle, entsprechende WCs) mit sich führen. Besonders für viel befahrene Strecken muss
21 sichergestellt werden, dass genügend Rollstuhlplätze bzw. entsprechende Wagen in jedem Zug
22 vorhanden sind.
23 Damit Menschen mit kognitiven, Hör- oder Sehbehinderungen angemessen an Infoschaltern
24 beraten werden können, werden Schulungen des Servicepersonals zur Sensibilisierung im
25 Umgang mit behinderten Personen nach Absprache mit Behindertenverbänden durchgeführt.
26 Auch liegen an allen Informationspunkten Übersichten in Brailleschrift, extra großer Schrift und in

27 Leichter Sprache aus. Nach diesen Standards werden auch die Informationen in den DB-Apps
28 aufbereitet. Dort finden sich Leitprogramme, die Menschen mit kognitiver Behinderung dabei
29 helfen, sich im Bahnhof zurechtzufinden. Ticketautomaten lassen sich ebenfalls durch klar
30 ersichtliche Auswahlmöglichkeiten auf extra große Schrift und Leichte Sprache umstellen und es
31 gibt mindestens einen Automaten auf niedrigerer Höhe, damit ihn zum Beispiel auch
32 kleinwüchsige Menschen und Personen im Rollstuhl nutzen können.

33 An allen Bahnhöfen müssen außerdem unkomplizierte Blinden-Leitsysteme installiert sein, die zu
34 allen relevanten Orten für die Zugfahrt selbst und die An- und Weiterfahrt im ÖPNV führen und
35 es müssen alle den Zugverkehr betreffenden Informationen, die aktuell ausschließlich durch
36 visuelle Anzeigen ablesbar sind, in den verbalen Durchsagen ergänzt werden, damit die Nutzung
37 der Bahn auch für Menschen mit Sehbehinderung möglichst problemarm wird. Es wird zudem
38 sichergestellt, dass die Informationen aus denjenigen Durchsagen, die spontane Veränderungen
39 im Fahrplan betreffen, unmittelbar und gut sichtbar auf den digitalen Anzeigetafeln zu sehen sind,
40 damit auch Menschen mit geschädigtem Gehör auf sie zugreifen können.

41 Da uns bewusst ist, dass nicht alle Bahnhöfe sofort umgebaut und alle Züge, die aktuell im
42 Einsatz sind, in naher Zukunft ersetzt werden können, müssen zusätzlich zu unseren bis hierher
43 erhobenen Forderungen einige Maßnahmen umgesetzt werden, die kurzfristige Verbesserungen
44 im bestehenden, unzureichenden System schaffen können.

45 Eine Einstiegshilfe in Züge für Rollstuhlfahrer*innen (z.B. durch Hublifte) muss 24 Stunden am
46 Tag geleistet werden können, nicht wie bisher nur von 6 Uhr bis 18 Uhr bzw. 22 Uhr. Um dies zu
47 ermöglichen, muss das Zugpersonal eines jeden Zuges die Einstiegshilfe leisten können, da viele
48 Bahnhöfe, vor allem im Regionalverkehr, personell nicht besetzt sind.

49 Auch müssen Einstiegshilfen spontan möglich sein und nicht wie bisher zur Gewährleistung der
50 Beförderung mindestens 24 Stunden vorher angemeldet werden. Dies könnte man zum Beispiel
51 dadurch ermöglichen, dass das Zugpersonal über einen Rufknopf in einer App oder einen
52 physischen Knopf am Gleis darüber informiert werden kann, dass eine Person im Rollstuhl
53 mitfahren möchte.

54 Bei kurzfristigen Gleiswechseln müssen Züge, falls eine Person mit Behinderung für sie
55 angemeldet ist, eine angemessene Wartezeit einhalten, damit die Person das Gleis wechseln
56 kann.

57 Damit die Einstiegshilfe überhaupt funktionieren kann, müssen Hublifte auf jedem Bahnsteig
58 vorhanden sein und regelmäßig kontrolliert bzw. bei Schäden sofort durch Ersatz abgelöst
59 werden.

60 Genauso müssen rollstuhlgerechte ICE-Wagen, einschließlich ihres behindertengerechten WCs,
61 vor jeder Fahrt auf Schäden kontrolliert werden und in solcher Zahl vorhanden sein, dass
62 beschädigte Wagen bis zu ihrer Reparatur spontan ersetzt werden können, damit kein Zug ohne
63 sie abfahren muss.

64 Aufzüge zum Gleis, müssen ebenfalls regelmäßig überprüft und bei Schäden sofort repariert
65 werden.

66 Wenn eine Person aufgrund von nicht funktionierenden Hubliften, defekten rollstuhlgerechten
67 ICE-Wagen oder kaputten Aufzügen an einer Mitfahrt gehindert wird, muss sie Anspruch auf eine
68 Entschädigung haben.

69 Schließlich muss die Telefonhotline der Mobilitätshilfe der Deutschen Bahn kostenfrei sein, da
70 sich Menschen mit Behinderung aktuell vor der Fahrt über sie anmelden müssen und es nicht
71 sein kann, dass sie dafür Geld bezahlen müssen.

72

73

74 **Begründung:**

75

76 Die Bahnbetreiber, vor allem die Deutsche Bahn als Unternehmen in öffentlicher Hand, haben
77 eine soziale Verantwortung, die auch gegenüber Menschen mit Behinderung gilt. Nur durch die
78 tatsächliche Gewährleistung von Barrierefreiheit können sie dieser Verantwortung gerecht
79 werden und einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Förderung von Chancengleichheit
80 in der Gesellschaft leisten.

81 Dazu sind sie sogar durch verschiedene nationale und internationale Normen verpflichtet. Zu
82 diesen gehören beispielsweise das deutsche Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie die
83 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).

84

85

86 angenommen

87 abgelehnt

88 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: U 2

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz
SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz
SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundesparteitag

Betr.: Höhere Entschädigungssummen bei Verspätungen Nah- und Fernverkehr der Bahn

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern ab einer Verspätung von 30 Minuten künftig 25% des Ticketpreises erstattet werden,
4 bei 60 Minuten sollen 50% zum Tragen kommen. Verspätungen darüber hinaus sollen mit 75%
5 Erstattung einhergehen.

6

7 **Begründung:**

8

9 Seit einigen Jahren gibt es bei der Deutschen Bahn die Regel, dass Zugverspätungen ab 60
10 Minuten 25% Rückerstattung des gekauften Tickets für die entsprechende zur Folge haben. Ab
11 120 Minuten sind es 50%. Diese daraus resultierenden Geldbeträge sind deutlich zu gering
12 angesetzt, nicht zuletzt aufgrund der vielen Reisenden und damit verbundenen vielen Zügen der
13 DB, die davon betroffen sind. Schlussfolgern lässt sich hieraus unter anderem, dass
14 Verspätungen bis zu 60 Minuten keiner Rückerstattung würdig sind, obwohl hierdurch wichtige
15 Termine verpasst werden können und die persönliche wie auch berufliche Planung der
16 Reisenden beeinträchtigt wird. Eine Regelung, die den Fahrgästen besser entgegenkommt, ist
17 daher dringend notwendig und könnte wie folgt aussehen; Ab einer Verspätung von 30 Minuten
18 sollen künftig 25% des Ticketpreises erstattet werden, bei 60 Minuten sollen 50% zum Tragen
19 kommen. Verspätungen darüber hinaus sollen mit 75% Erstattung einhergehen.

20 Allein im letzten Jahr 2021 waren gerade einmal etwas über 75% der Fernverkehrszüge pünktlich,
21 was auch gesehen gegenüber der Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs als Hauptverkehrsmittel
22 für viele Reisende ein großes Manko darstellt. Durch höhere Entschädigungszahlungen könnte
23 gegenüber Reisenden bei Verspätungen in Zukunft ein respektvolleres Zeichen gesetzt werden
24 und damit auch Verspätungen unter einer Stunde als Erstattung zu würdigen. In diesem
25 Zusammenhang ist auch die generelle Ansicht der DB darüber, ab wann Verspätungen als solche

26 zu anzuerkennen sind, zu hinterfragen. In einem Zeitfenster von bis zu 16 Minuten kann ein Zug
27 noch als pünktlich gelten. Dies setzt realistisch jedoch voraus, dass die verlorene Zeit wieder
28 eingeholt werden kann. Sofern dies nicht gelingt, werden nicht nur Anschlussverbindungen
29 verpasst. Auch sind solche Zeitspannen auf Strecken, die ohnehin ungewöhnlich lang brauchen,
30 beispielsweise aufgrund eines schlecht ausgebauten Schienennetzes (z.B. Verbindungen in
31 NRW) eine zusätzliche Belastung.

32 Um die Bahn noch beliebter zu machen und diese als gute Alternative zum Auto zu gestalten,
33 auch im Rahmen der notwendigen Verkehrswende, ist daher die Pünktlichkeit der Züge zu
34 optimieren und auf dem Weg dahin über angemessenere Entschädigungszahlungen für
35 Fahrgäste zu verhandeln. Dem Bund allein gehört die Deutsche Bahn, daher sehen wir als SPD
36 diesen in der Pflicht, bezüglich dieses Themas mit der Bahn in verstärkten Austausch zu treten
37 und sich in besonderer Weise gegenüber den Bedürfnissen der Fahrgäste zu positionieren.

38

39

40 angenommen

41 abgelehnt

42 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: U 3

Antragsteller: Jusos Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress

Betr.: Pfandpflicht für Elektronikartikel

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Um Recyclinganteile bei Elektronikartikeln zu erhöhen, sowie um Verbraucher*innen einen Anreiz
4 zum korrekten Recyceln von Verbrauchsgegenständen zu geben fordern wir:

- 5 - Die Einführung einer Pfandgebühr für Elektro-Kleinartikel.
- 6 - Dabei sollte der Pfandbetrag bei Einwegartikeln (bspw. Einweg E-Zigaretten) besonders
7 hoch angelegt sein, genauso wie bei allen Elektronikartikeln mit kurzer Lebensdauer.

8

9 **Begründung:**

10

11 Viele Elektronikartikel werden falsch entsorgt, zum Beispiel in dem sie in den Restmüll oder die
12 Gelbe Tonne geschmissen werden. Verbraucher*innen wissen oftmals nicht, wo die Artikel richtig
13 entsorgt werden müssen, oder wollen den Weg zur richtigen Abgabestation schlichtweg nicht
14 machen. Durch die Einführung einer Elektronik-Pfandpflicht würde, analog zur Pfandpflicht bei
15 Dosen und Flaschen, der Anteil falsch entsorgter Gegenstände deutlich sinken. Ein Pfand
16 Barcode könnte dabei auf E-Zigaretten, aber auch Kopfhörer oder sogar Bankkarten, die
17 ebenfalls nicht im Restmüll entsorgt werden dürfen, gedruckt werden. Verkäufer oder Vertreter
18 solcher Produkte müssten die Pfandartikel selbstverständlich zurücknehmen.

19 Wichtig ist allerdings, dass der Pfandbetrag relativ hoch liegt, bspw. bei 5€, um den Verbraucher
20 ausreichend Anreiz für die korrekte Entsorgung zu geben. Anzuvisieren wäre eine finanzielle
21 Obergrenze, ab der die Pfandpflicht für Elektronikartikel entfällt, bspw. 100€, da größere und
22 teurere Geräte prinzipiell eine längere Nutzungsdauer vorweisen können.

- 23
- 24
- 25 angenommen
- 26 abgelehnt
- 27 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: U 4

Antragsteller: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Progressive Wassergebühren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wasser ist ein kostbares Gut, welches wir nachhaltig schützen müssen. Um den
4 Wasserverbrauch zu Reduzieren stehen wir dafür ein, dass die kommunalen Wassergebühren
5 auch progressiv gestaltet werden können. Deswegen werden wir uns auf Landesebene dafür
6 einsetzen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Menschen, die wenig Wasser
7 verbrauchen auch weniger dafür bezahlen müssen und Menschen, die viel Wasser nutzen,
8 entsprechend den größeren Anteil der Gebühren übernehmen müssen.

9

10 **Begründung:**

11

12 Unsere Wälder werden immer trockener. Die Nutzung von Trinkwasser über unsere
13 Hausanschlüsse muss sukzessiv weniger werden. Damit Menschen verstehen, dass Wasser ein
14 kostbares Gut ist, bedarf es ein Umdenken in unserer Gesellschaft. Das ständige Wässern des
15 Englischen Rasen oder die Füllung eines Pools muss mit der progressiven Gebührenabgabe
16 nachhaltig unattraktiv werden. Durch die progressive Gebührenkalkulation werden jene
17 Menschen entlastet, die Sparsam mit unserer kostbaren Ressource umgehen. Menschen, denen
18 die Menge des Wasserverbrauches egal ist, müssen durch die Entrichtung der Gebühr merken,
19 dass dies nicht gut für unsere Umwelt ist. Wir halten weiterhin an einer Gebühr statt einem Tarif
20 fest, damit die Gesamtkosten an sich weiterhin niedrig bleiben und nicht zusätzlich die
21 Bürgerinnen und Bürger belasten.

- 22
- 23 angenommen
- 24 abgelehnt
- 25 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Schallwaffen gegen Kinder und Jugendlichen?
Den Mosquitos-Wahnsinn in Deutschland verbieten!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Ob für den Weg zur Arbeit oder zur Schule, zu Freizeitveranstaltungen oder im Notfall. Viele
4 Menschen sind auf ein Auto und damit auf einen Führerschein angewiesen. Doch das
5 Fahrschulsystem ist veraltet. Die Fahrschulen sind überlastet, es gibt zu wenig Fahrlehrer*innen
6 und BiPOC und Frauen berichten über sexistischen und rassistischen Übergriffen in der
7 Fahrschule. Für das veraltete System muss es eine ordentliche Reform geben.

8

9 **Fahrlehrer*innen-Ausbildung**

10 Die Fahrschulbranche leidet unter einem besorgniserregenden Fachkräftemangel. Seit Jahren
11 besteht ein dringender Bedarf an Fahrlehrern, und die Situation wird sich in den kommenden
12 Jahren voraussichtlich weiter verschlechtern, da die Branche überaltert ist und viele Fahrlehrer
13 in den Ruhestand gehen. Früher war es üblich, dass die Bundeswehr eine beträchtliche Anzahl
14 von Fahrlehrern ausbildete und mehr als 30 Prozent des Fahrlehrerbedarfs abdeckte. Allerdings
15 hat sich die Bundeswehr inzwischen fast vollständig aus der Fahrlehrerausbildung
16 zurückgezogen, was zu einem eklatanten Fachkräftemangel in der Branche geführt hat,
17 insbesondere in den letzten 10 Jahren.

18 Die Hürden für die Fahrlehrer*innen-Ausbildung sind trotz Reform noch zu hoch. Die Ausbildung
19 zum Fahrlehrer dauert mindestens ein Jahr und besteht aus Theorie und einem Lernpraktikum.
20 Die Kosten für die Ausbildung müssen selbst getragen werden und summieren sich auf 15.000 –
21 20.000 Euro. Außerdem müssen Fahrlehrer*innen bereits eine abgeschlossene
22 Berufsausbildung haben. Das Interessierte in einem Gebiet, in dem dringende Fachkräfte gesucht
23 werden, die Ausbildungskosten selbst tragen, lehnen wir ab. Die Kosten für die
24 Fahrlehrerausbildung müssen daher vollständig übernommen werden.

25 Die Mindestanforderung für die Fahrlehrerausbildung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung
26 oder ein gleichwertiger Abschluss wie Abitur und Fachabitur. Auch diese Hürde muss gesenkt

27 werden, um Haupt- und Realschüler*innen den Zugang zur Ausbildung zu ermöglichen.
28 Viele Fahrschüler*innen erleben häufig verbale Auseinandersetzungen mit Fahrlehrer*innen.
29 Deshalb soll in der Ausbildung ein stärkerer Fokus auf die Pädagogik gelegt werden um allen
30 Fahrschüler*innen gerecht zu werden.
31 Um mehr Menschen und vor allem BIPOC-Personen und Frauen für die Fahrlehrerausbildung zu
32 motivieren, soll eine Informations- und Imagekampagne gestartet werden.

33
34 **Fahrschulunterricht**
35 Momentan müssen Fahrschüler*innen einen Fragenpool von mehr als 1200 Fragen lernen. Dabei
36 handelt es sich um Fragen des Gefahrenbewusstseins, Verkehrszeichen, Verkehrssituationen
37 usw. Der Umfang des Fragenpools soll erheblich reduziert werden und sich auf praxisrelevante
38 Fragen beschränken.
39 Der Zugang zur Software, die für die Ausbildung und theoretische Prüfung notwendig ist, sollte
40 kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll die Lizenzbefristung aufgelöst werden,
41 damit man unabhängig von der Fahrschulausbildung Zugang kostenlosen Zugang zu den Fragen
42 hat.

43
44 **Prüfung**
45 Die theoretische und praktische Führerscheinprüfung stellt einen erheblichen Kostenfaktor für
46 Fahrschüler*innen dar. Zusammen belaufen sich die Kosten für beide Prüfungen auf mehr als
47 350 Euro. Wir fordern den Preis für die praktische Prüfung zu deckeln und die Gebühr für die
48 theoretische Prüfung abzuschaffen.

49
50 **Kosten**
51 Die Kosten für den Führerschein sind besonders seit der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg
52 stark angestiegen. In Kombination mit langen Wartezeiten aufgrund von zu vielen Fahrschülern
53 und zu wenigen Fahrlehrern ergeben sich lange Ausbildungszeiten und hohe Kosten. Dies stellt
54 insbesondere für Menschen, die nicht die finanziellen Mittel für eine Fahrschulausbildung
55 zurücklegen konnten, eine große Herausforderung dar. Selbst mit einer Berufstätigkeit sind die
56 Kosten kaum zu bewältigen. Das Sparen für weitere Fahrstunden kann zu Verzögerungen führen
57 und sich negativ auf die Ausbildung auswirken. Daher ist es notwendig, einen bundesweiten
58 Kostendeckel für Fahrschulen einzuführen, der von einer Kommission festgelegt und regional
59 angepasst werden kann.
60 Ein Führerschein bietet Flexibilität und ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere
61 bei jungen Menschen, die keinen Führerschein besitzen und keine Ausbildung absolvieren, sollte
62 geprüft werden, ob die Kosten von Jobcentern übernommen werden können.

63

64 **Belästigung und Diskriminierung entgegenwirken!**

65 Sexismus und sexuelle Belästigung in Fahrschulautos ist kein Sonderfall, sondern gehört zu einer
66 Erfahrung, die viele junge Frauen machen müssen. Der Bundesverband der
67 Frauenberatungsstelle stellt etliche Fälle sexueller Belästigung und Diskriminierung in der
68 Fahrschule fest. Es besteht ein Machtverhältnis zwischen Fahrlehrer*innen und
69 Fahrschüler*innen die mit einer räumlichen Begrenzung und Unsicherheit im Straßenverkehr
70 einhergeht. Den Angstraum Fahrschulauto können wir als Gesellschaft nicht hinnehmen. Daher
71 fordern wir eine repräsentative Studie zu Diskriminierung und sexueller Belästigung in
72 Fahrschulen.

73 Junge Frauen und BIPOC-Personen müssen schon jetzt vor sexuellen Übergriffen geschützt
74 werden. Die Sensibilisierung und Schulung für sexistische und rassistische Strukturen muss Teil
75 der Ausbildung von Fahrlehrer*innen werden. Außerdem braucht es deutliche Anlaufstellen für
76 Fälle von sexueller Belästigung und Diskriminierung die unabhängig von der Fahrschule
77 aufzufinden sind.

78

79 **Begründung:**

80

81 Erfolgt mündlich.

82

83

84 angenommen

85 abgelehnt

86 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 2

Antragsteller: Jusos Fulda

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskonzferenz

Betr.: Verbot von Einweg E-Zigaretten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich im Rahmen ihrer Regierungsverantwortung
4 dafür ein, Einweg E-Zigaretten bundesweit zu verbieten.

5

6 **Begründung:**

7

8 Im Vergleich zu wiederverwendbaren E-Zigaretten sind Einweg E-Zigaretten viel weniger
9 nachhaltig. Sie werden in der Regel in großen Mengen hergestellt und nach einmaliger
10 Verwendung weggeworfen. Dies führt zu einem erheblichen Abfallproblem, da die meisten
11 Einweg E-Zigaretten nicht recycelbar sind. Die Produktion von Einweg E-Zigaretten erfordert
12 außerdem große Mengen an Rohstoffen und Energie, die ebenfalls verschwendet werden, wenn
13 das Produkt nur einmal verwendet wird. In Einweg E-Zigaretten sind nämlich größtenteils die
14 selben seltenen Rohstoffe in technisch identischen Batterien verbaut, wie in wiederverwendbaren
15 Produkten, nur dass in sie, um dadurch eine andere Zielgruppe anzusprechen, keine Möglichkeit
16 zum Aufladen verbaut wird. Eine derartige Verschwendung von seltenen Ressourcen, die
17 größtenteils unter inakzeptablen Arbeitsbedingungen gewonnen werden und insgesamt nur
18 begrenzt vorhanden sind, darf nicht weiter bestehen.

19

20 angenommen

21 abgelehnt

22 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 3

Antragsteller: Jusos Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-
Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-
Bundestagsfraktion

Betr.: Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern eine Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke, um insbesondere
4 minderjährige vor den Folgen von übermäßigem Alkoholkonsum zu schützen. Wir fordern das
5 Alkoholwerbung im Kino (vor Filmen mit FSK unter 16 Jahren), und auf Kinderfernsekanälen,
6 und in Jugendeinrichtungen nicht mehr gezeigt werden darf. Im Umkreis von 100 Metern um
7 Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Sportstätten darf keine Werbung
8 (Plakate, digital) gezeigt werden, eine solche Einschränkung kann sich an der Diskussion zu
9 restriktiver Tabakwerbung orientieren. Es sollen in Zukunft Warnhinweise auf alkoholischen
10 Produkten, die im Handel vertrieben werden, aufgedruckt werden, ähnlich wie das aktuell bei
11 Zigarettenpackungen der Fall ist. Diese Warnhinweise sollen gut erkennbar sein und mindestens
12 20% der Produktetikettierung betragen. Ähnlich wie bei Glücksspielen, soll darüber hinaus ein
13 Hinweis auf eine Sucht-Beratungsstelle auf alkoholischen Getränken gedruckt werden.

14

15 **Begründung:**

16

17 Alkoholwerbung muss aus dem Straßenbild und den Medien verschwinden, da sie zum Konsum
18 animieren und damit zum erhöhten Konsum beitragen. Die gesundheitlichen Schäden und das
19 große Abhängigkeitspotential tragen zu einem Großteil der Kosten für das Gesundheitssystem
20 bei. 7,9 Millionen Menschen der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland konsumieren
21 Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Zudem ist missbräuchlicher Alkohol einer der
22 wesentlichen Risikofaktoren für zahlreiche chronische Erkrankungen (zum Beispiel
23 Krebserkrankungen, Erkrankungen der Leber und Herz-Kreislauf-Erkrankungen) und für Unfälle
24 verursacht unter Einfluss von Alkohol. Analysen gehen von jährlich etwa 74.000 Todesfällen
25 durch Alkoholkonsum allein oder bedingt durch den Konsum von Alkohol aus. Alkoholkonsum

26 sinkt bei Jugendlichen die Hemmschwelle, das sorgt dafür das sie risikofreudiger und unvorsichtig
27 werden, das wiederum führt dazu das die Unfallwahrscheinlichkeit stark ansteigt. Jugendliche
28 werden selbstbewusster, überschätzen sich und zeigen ein Verhalten, welches Sie ohne Alkohol-
29 Konsum nicht haben würden. Werbung für alkoholische Getränke hat durchaus eine Wirkung auf
30 Jugendliche, zum Glück ist der Alkoholkonsum in den letzten Jahren gesunken, aber dennoch
31 trägt Werbung dazu bei, dass in Verbindung mit Gruppenzwang und dem Druck von
32 gesellschaftlicher Anerkennung durch Werbung mehr alkoholische Getränke konsumiert werden.

33

34

35 angenommen

36 abgelehnt

37 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 4

Antragsteller: Jusos Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-
Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-
Bundestagsfraktion

Betr.: Kein Bier nach 20 Uhr

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der Verkauf von Alkohol und alkoholischen Getränken im Einzelhandel soll zeitlich und räumlich
4 beschränkt werden. Alkohol ist ein Rauschmittel, welches jährlich zu hohen Kosten im
5 Gesundheitssystem führt. Wir fordern den Verkauf von Alkohol nach 20 Uhr im Einzelhandel zu
6 verbieten, um vor allem Jugendliche und junge Erwachsene vor einem unkontrollierten
7 Alkoholkonsum zu schützen. Die Verkaufsflächen von Alkohol müssen nach dieser Uhrzeit
8 abgesperrt und von weiterer Verkaufsfläche abgetrennt werden. Der Ausschank von Alkohol nach
9 20 Uhr ist davon explizit ausgenommen.

10

11

12 **Begründung:**

13

14 Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland haben oft das Verhalten, Alkohol ungeplant
15 und spontan zu trinken, was zu gefährlichen und unkontrollierten Trinkmengen führen kann. Dies
16 birgt nicht nur gesundheitliche Risiken, sondern kann unter anderem in Ordnungswidrigkeiten als
17 auch in alkoholbedingten Straftaten eskalieren. Um dieses Problem anzugehen, fordern wir, den
18 Verkauf von Alkohol im Einzelhandel nach 20 Uhr einzuschränken.

19 Es gibt zahlreiche Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Verkaufszeiten von
20 Alkohol und dem Rauschtrinken von Jugendlichen und jungen Erwachsenen belegen. Eine Studie
21 der „World Health Organization“ (WHO) aus dem Jahr 2010 hat gezeigt, dass eine Einschränkung
22 der Verkaufszeiten von Alkohol in Ländern, in denen diese Maßnahme umgesetzt wurde, zu einer
23 Reduktion von alkoholbedingten Straftaten und Unfällen geführt hat. Eine weitere Untersuchung
24 des „National Institute on Alcohol Abuse and Alcoholism“ (NIAAA) aus dem Jahr 2012 belegte,

25 dass die einschränkende Maßnahme in den USA zu einer Reduktion von alkoholbedingten
26 Verkehrsunfällen und Gewaltverbrechen geführt hat.

27 Es ist wichtig zu betonen, dass diese Einschränkung der Verkaufszeiten nicht bedeutet, dass
28 Alkohol generell nicht mehr erhältlich wäre. Erwachsene, die gezielt Alkohol einkaufen möchten,
29 können weiterhin Alkohol während der regulären Geschäftszeiten erwerben. Diese
30 Einschränkung würde jedoch dazu beitragen, das unkontrollierte und spontane Trinkverhalten
31 von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu reduzieren.

32 Anhand der vorliegenden Beweise und der Tatsache, dass eine Einschränkung der
33 Verkaufszeiten von Alkohol in anderen Ländern erfolgreich war, schlagen wir vor, dass im
34 Einzelhandel in Deutschland nach 20 Uhr kein Alkohol mehr verkauft wird, um das Rauschtrinken
35 von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu reduzieren.

36 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

37

38

39 angenommen

40 abgelehnt

41 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 5

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Umfassende Reform des Justizvollzugs umsetzen, um effektive Resozialisierung zu ermöglichen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Eine Reform des Justizvollzugs in Deutschland ist notwendig, um Resozialisierung zu
4 begünstigen und die gesellschaftlichen und finanziellen Kosten von Haft zu reduzieren.

5 Deswegen fordern wir eine umfassende Reform des Justizvollzugssystems unter Einbeziehung
6 der Erfahrungen anderer Länder. Als Erfolgsmodell können dabei die skandinavischen Länder
7 betrachtet werden, die eine deutlich geringere Rückfallquote bei Straftaten haben.

8

9 Um langfristige und sinnvolle Veränderungen im Justizvollzugssystem zu bewirken, fordern wir:

10 A. Das Einsetzen eines Gremiums, das sich ergebnisoffen mit dem momentanen
11 Justizvollzug beschäftigt, um Reformen zu erarbeiten, die die Chancen von Resozialisierung
12 fördern können, die Rückfallquote verringern, und dabei das Wohl der Gefangenen und der
13 Allgemeinheit in den Vordergrund stellen.

14 I. Das Gremium soll zum Teil mit momentanen und früheren Häftlingen besetzt werden, um
15 sicherzustellen, dass gelebte Erfahrungen mit einbezogen werden.

16 II. Auch Menschen die im Justizvollzug tätig sind, insbesondere Seelsorger*innen,
17 Therapeut*innen, Personal im Justizvollzug sowie Kriminolog*innen sollen Teil dieses Gremiums
18 werden.

19

20 Neben dem Einsetzen eines Gremiums müssen Reformen der Gesetzgebung, die Gruppen aus
21 finanziell schwächerem Umfeld besonders belasten, umgesetzt werden.

22 Auch in vielen anderen Aspekten ist das Justizsystem dringend reformbedürftig. Um eine effektive
23 Resozialisierung zu ermöglichen, aber auch gefährdete Personen vor einer Haftstrafe zu
24 bewahren, fordern wir Veränderungen im Justizsystem, die zu verschiedenen Zeitpunkten
25 einsetzen:

26 B. Die Umsetzung von Reformen, die Haftstrafen verhindern sollen, und damit schon vor der
27 Haftstrafe einsetzen:

28 I. Dazu gehört insbesondere die Reform der Ersatzfreiheitsstrafen. Wir fordern die SPD-
29 Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Ersatzfreiheitsstrafen bald nur noch
30 in der Theorie existieren, aber nicht mehr in der Praxis Anwendung finden. Um dies zu erreichen,
31 sollen auf Bundesebene die folgende Maßnahmen getroffen werden:

32 1. Um sicherzustellen, dass insbesondere zahlungsunwillige Personen, die aber
33 eigentlich zahlungsfähig wären, letztlich durch die Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe nicht
34 noch zusätzliche Kosten verursachen, sollen die Möglichkeiten der Zwangsvollstreckung wie z.B.
35 der Pfändung im Strafvollstreckungsverfahren erweitert werden.

36 2. Die Ausgestaltung und die Häufigkeit der Ausstellung von Strafbefehlen ist einer
37 kritischen Überprüfung zu unterziehen. Auch wenn sie eine zeitliche Arbeitserleichterung der
38 Staatsanwaltschaften und Gerichte darstellen, stellen diese für Betroffene eine besondere Hürde
39 dar, da den wenigsten Empfänger*innen bewusst ist, dass sie nach zwei Wochen ohne Einspruch
40 nach Zustellung des Strafbefehls rechtlich gesehen als genauso verurteilt gelten, wie wenn sie
41 vor Gericht gestanden hätten.

42 3. Die Antwort auf den Personalmangel und die Überlastung in der Justiz darf nicht
43 in der vielfachen Ausstellung von Strafbefehlen liegen, die letztlich auf dem Rücken der
44 Betroffenen ausgetragen wird.

45 II. Wir fordern eine Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein.

46 1. Durch das Fahren ohne Fahrschein werden insbesondere finanziell schwache
47 Menschen strafrechtlich erfasst. Aufgrund bestehender Zahlungsunfähigkeit müssen sie
48 überdurchschnittlich häufig Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen.

49 2. Personen, die sich in Grundsicherung befinden oder die glaubhaft beweisen
50 können, dass sie aktuell unter dem Existenzminimum leben, sollen kostenlosen Zugang zum
51 ÖPNV erhalten. Wichtig ist eine unkomplizierte und verständliche Antragstellung. Wenn eine
52 Person, die die oben genannten Bedingungen erfüllt, ohne Fahrschein fährt, soll eine
53 Antragstellung auch noch nach der Fahrt ohne Fahrschein möglich sein. In solchen Fällen soll
54 nur ein deutlich geringeres Bußgeld als Bearbeitungsgebühr von wenigen € anfallen.

55 III. "Personen in Haft müssen nicht resozialisiert werden - denn oftmals waren sie auch vor
56 der Haft nicht sozialisiert": Personen, die inhaftiert werden, kommen häufig aus benachteiligten
57 Stadtvierteln und Wohngebieten und haben nur wenige positive Erfahrungen mit staatlichen
58 Institutionen gemacht. Haftstrafen sind häufig eine Folge von sozialer und wirtschaftlicher
59 Benachteiligung und schweren familiären Umständen. Es muss deswegen dringend sichergestellt
60 werden, dass die tatsächlichen Ursachen effektiv bekämpft werden:

61 1. Einen wichtigen Baustein stellen aufsuchende Angebote dar: In benachteiligten
62 Stadtvierteln müssen die Angebote für aufsuchende Sozialarbeit und psychosoziale

63 Beratungsangebote deutlich erhöht werden.

64 2. Bereits nach der ersten Straffälligkeit müssen betroffene Personen ein Angebot
65 durch Sozialarbeiter*innen erhalten. Dadurch können erneute Straffälligkeit sowie
66 gegebenenfalls eine Haftstrafe verhindert werden.

67 3. Die Träger aufsuchender Angebote müssen insbesondere im ländlichen Raum
68 gestärkt werden.

69 4. Diese Thematik ist bei Personen mit einer Drogenabhängigkeit besonders
70 prominent: Oft sind die Wege zu Anlaufstellen für eine Suchtberatung o.ä. weit - sei es beim
71 Thema Prävention, sei es beim Thema Therapie. Projekte u.a. in Nord- und Ostthessen haben
72 gezeigt, wie nötig und effektiv solche Arbeit sein kann, die direkt bei den Menschen vor Ort
73 anknüpft.

74
75
76 C. Die Umsetzung von Reformen während des Justizvollzugs soll gewährleisten, dass auch
77 Personen in Haft menschenwürdig behandelt werden, und ihnen gleichzeitig die bestmögliche
78 Chance gegeben wird, nach der Haft ein eigenständiges und erfüllendes Leben zu haben.

79 I. Für einige Gruppen ist die Haft eine besondere Belastung, da das System die Bedürfnisse
80 dieser Gruppen nicht ausreichend beachtet, und damit zu Rückfälligkeit und sozialen Problemen
81 beiträgt:

82 1. So ist eine umfassende Betrachtung der Drogenthematik notwendig. Insbesondere
83 suchtkranke Personen leiden oft unter den Haftbedingungen, ohne dabei die notwendige
84 Unterstützung zu erhalten. Dabei ist es wichtig, dass zukünftig bei suchtkranken Menschen ein
85 kooperativer Weg gewählt wird: Prävention, Begleitung nach einer Verurteilung bzw. im Vollzug
86 und Nachsorge müssen ineinandergreifen.

87 2. Ebenfalls ist es wichtig, die Situation von Frauen in Gefängnissen umfassend zu
88 beleuchten. Als Ziel sollte der geschlechtsspezifische Strafvollzug ins Auge gefasst werden.

89 II. Insgesamt sollte die Situation während der Haft so ausgelegt sein, dass Personen im
90 Anschluss einen einfachen Übergang finden. Deswegen muss die Selbstständigkeit der
91 inhaftierten Personen gestärkt werden, sei es durch Arbeitsmöglichkeiten, Bildungsmöglichkeiten
92 oder eine frei gestaltbare Freizeit.

93 III. Die aktuelle Personalsituation ist eine Belastung - nicht nur für Personen, die im
94 Justizvollzug arbeiten, sondern auch für inhaftierte Menschen, die unter dem geringen
95 Personalschlüssel und dem daraus resultierenden Mangel an Unterstützungsangeboten leiden.
96 Der Personalmangel bei StA und Gerichtshilfe muss durch bessere Arbeitsbedingungen und faire
97 Entlohnung effektiv bekämpft werden.

98

99

100 D. Die Umsetzung von Reformen nach der Haftstrafe muss sicherstellen, dass sich die
101 Rückfälligkeitsquote endlich den Ländern, die bereits Reformen durchgeführt haben, anpasst.
102 Denn Prävention beinhaltet auch die Vorsorge vor Rückfälligkeit:

103 I. Deswegen muss eine lückenlose Betreuung nach Haftentlassung garantiert werden,
104 entweder durch finanziell gestärkte freie Träger oder von staatlicher Seite.

105 II. Der Weg inhaftierter Menschen endet nicht mit der Entlassung: Durch Stigmatisierungen
106 und Schwierigkeiten bei der Wohnungs- und Arbeitssuche ist das Ende der Haftstrafe oft noch
107 nicht das Ende der Bestrafung. Wichtig ist deswegen bei jedweder Reform die kooperative
108 Zusammenarbeit der Justiz, der Justizvollzugsanstalten sowie , der Gefangenen- und
109 Obdachlosenhilfe.

110

111 **Begründung:**

112

113 Reformen der Gesellschaft in den vergangenen Jahren sind nur bedingt auch in Gefängnissen
114 angekommen. Aus den Erfahrungen von Personen, die selbst in Haft waren, oder die mit
115 Inhaftierten gearbeitet haben, wissen wir um die Probleme. Dennoch werden aktuell die
116 Prioritäten innerhalb des deutschen Systems falsch gesetzt. Es wird nicht ausreichend Wert auf
117 Resozialisierung nach der Haft gelegt. Die Rückfälligkeitsquote hinterlegt diese These: Während
118 in Deutschland jede*r Zweite rückfällig wird, liegt diese Quote in Norwegen beispielsweise bei nur
119 20%.

120 Deswegen ist eine umfassende Reform des Justizvollzugs wichtig, bei dem wir sicherstellen, dass
121 die Resozialisierung als höchstes Ziel einer Haft angesehen wird. Dafür müssen neue Maßstäbe
122 gesetzt werden. Denn von gelingender Resozialisierung profitieren nicht nur Personen, die selbst
123 Straftaten begangen haben, sondern die Gesellschaft im Allgemeinen: Sinkende Kosten,
124 sinkende Kriminalität, und eine humanitäre Gesellschaft sollten für uns alle positive Ziele sein.

125 Während Beispiele wie die Drogenabhängigkeit in Gefängnissen deutlich machen, dass gewisse
126 Gruppen nicht die Unterstützung erfahren, die sie benötigen, ist es nicht ausreichend, nur
127 einzelne Aspekte zu betrachten: Denn die Realität ist, dass Programme ineinandergreifen
128 müssen, dass Gesetze und Unterstützung nach der Haft, Gefängnisseelsorge und die
129 Verwendung von digitalen Geräten, Sozialarbeit in Gefängnissen und Richtersprüche nicht
130 unabhängig voneinander betrachtet werden können. Sie alle sind Bestandteile eines Systems,
131 das dazu beitragen kann, dass Personen nach der Haft wieder rückfällig werden, oder dass sie
132 erfolgreich in die Gesellschaft (re)integriert werden. Deswegen fordern wir eine Reform, die diese
133 Erfahrungen und Elemente einbezieht, und auch den Personen, die bereits jetzt in Gefängnissen
134 tätig sind, eine Stimme gibt.

135

136 Ersatzfreiheitsstrafen stellen eine erhebliche Belastung für zahlungsfähige Betroffene dar, die
137 sowohl für das Privat- als auch das Berufsleben dramatische Folgen haben können, wie z.B. der
138 Verlust der Wohnung oder des Arbeitsplatzes. Betroffene Verurteilte sind häufig mit der
139 gerichtlichen Korrespondenz überfordert und können aufgrund von Einschränkungen
140 gesundheitlicher Art, z.B. Drogenabhängigkeit oder psychische Erkrankungen, oder aufgrund
141 bildungsferner Hintergründe nicht selbständig eine Zahlungsvereinbarung treffen oder ihren
142 Alltag so organisieren, dass sie stattdessen entsprechende gemeinnützige Arbeit leisten können.
143 Betroffen von der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen sind im seltensten Fall wohlhabende
144 und zahlungsunwillige Personen, sondern in der Regel finanziell ärmere oder bildungsfernere
145 Verurteilte.

146 Die Verurteilung zu einer Geldstrafe und nicht zu einer Freiheitsstrafe ist eine bewusste und
147 zielgerichtete Entscheidung des Gerichts, die nicht aufgrund von Zahlungsunfähigkeit umgangen
148 werden kann. Eine Freiheitsstrafe ist ein massiver Grundrechtseingriff, der nur in den vom Gesetz
149 vorgesehenen Ausnahmefällen verhängt werden sollte, wenn also die persönlichen Umstände
150 der Täter*innen sowie die konkreten Umstände der Tat es erforderlich machen, eine solche Strafe
151 auszusprechen.

152 Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen sinnvoll: Ein Tag
153 Haft verursacht ca. 170 € Kosten pro Person. Hinzutritt der immense Verwaltungsaufwand für die
154 Justizvollzugsanstalten bei der Vollstreckung derart kurzer Gefängnisaufenthalte.

155 Korrespondierend zu diesem Antrag fordern wir auf Landesebene die gezielte Unterstützung
156 zahlungsunfähiger Verurteilter, die Formulierung von gerichtlicher und staatsanwaltlicher
157 Korrespondenz in einfacher Sprache, die Übersetzung der vorgenannten Schreiben in den
158 gängigen bzw. spezifisch passenden Fremdsprachen, die Ausweitung aufsuchender Sozialarbeit,
159 den Vorrang der Vereinbarung von Ratenzahlungsvereinbarungen und Ableistung
160 gemeinnütziger Arbeit sowie die Ausweitung aufsuchender Sozialarbeit, den Vorrang der
161 Vereinbarung von Ratenzahlungsvereinbarungen und Ableistung gemeinnütziger Arbeit sowie
162 die Ausweitung der Verfügbarkeit von Stellen zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit.

163
164 Aufbauend auf der bestehenden Beschlusslage der Jusos soll dieser Antrag zur
165 Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein beitragen und damit das Justizsystem
166 entlasten.

167 Sozialarbeiter*innen sind bereits jetzt in Justizvollzugsanstalten ein wichtiger Bestandteil der
168 gelungenen Reintegration. Oftmals begleiten sie Personen auch nach der Entlassung. Doch
169 darüber hinaus können sie dazu beitragen, Haftstrafen zu verhindern: Durch Angebote bereits
170 vor der Haftstrafe, durch Beratungsangebote, insbesondere bei bestehenden Abhängigkeiten,
171 arbeiten sie gezielt gegen Probleme, die zu Haft führen können. Doch es darf nicht von dem
172 Engagement einzelner Vereine, dem Heimatort, Ehrenamtler*innen oder Initiativen abhängig

173 sein, ob Unterstützung zur Verfügung steht. Deswegen müssen wir die Sozialarbeit in
174 Deutschland stärken, dafür sorgen, dass ausreichend Stellen geschaffen werden, und
175 ausreichend Projekte finanziert werden.

176 Haftstrafen werfen enorme Kosten auf, die von der Gesellschaft getragen werden müssen,
177 sowohl mit Blick auf die Finanzen, als auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Kosten, die
178 Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit, mangelnde Altersvorsorge mit sich bringen. Deswegen ist es
179 wichtig, so weit möglich zu verhindern, dass es zu Haftstrafen kommt. Sozialarbeiter*innen sind
180 hier ein wichtiger Bestandteil und müssen mehr Unterstützung erhalten.

181

182

183 angenommen

184 abgelehnt

185 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	RI 6
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
<u>Betr.:</u>	Hessische Gefängnisse reformieren: Alltag in Gefängnissen umgestalten, auf Prävention und Resozialisierung setzen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die alltäglichen Umstände der Gefangenen im Justizvollzug sollen unter den folgenden
4 Gesichtspunkten einer Reform unterzogen werden:

5 1. Bei Beschäftigungsverhältnissen Gefangener während des Vollzugs ist eine Vergütung zu
6 zahlen, die mindestens dem Mindestlohn entspricht. Innerhalb der Haft sollen (Aus-)
7 Bildungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

8 2. Die Möglichkeit, die eigene Wohnung auch während der Zeit in Haft unter gewissen
9 Voraussetzungen beizubehalten, wird (zur finanziellen Absicherung der Gefangenen nach dem
10 Vollzug) geschaffen. Die genauen Bedingungen, beispielsweise max. Haftzeit,
11 Familienangehörige usw. soll in einem nächsten Schritt gemeinsam mit in der Haftarbeit
12 erfahrenen Sozialarbeiter*innen ausgearbeitet werden.

13 3. Im Mutter-Kind-Vollzug sollte eine gemeinsame Unterbringung der Kinder von Frauen im
14 Justizvollzug und der Beschäftigten der JVA in einer gemeinsamen KiTa grundsätzlich ermöglicht
15 werden.

16 4. Gefangene müssen vermehrte Möglichkeiten zum Kontakt „nach draußen“ erhalten, in
17 geeigneten Fällen durch die Bereitstellung von Tablets oder Handys mit vorinstallierten
18 Programmen, durch mehr Besuchsstunden und auch durch Bildung (bspw. Mitnahme von
19 Büchern, Bestellung von Büchern in Gefangenenbibliotheken). Eltern, insb. Müttern sowie
20 Alleinerziehenden, muss ein ungehinderter Telefonats- und Besuchskontakt mit ihren Kindern
21 gewährt werden, soweit eine gemeinsame Unterbringung nicht möglich ist.

22 5. Mit Blick auf die medizinische Versorgung müssen u.a. Entzüge für abhängige Gefangene
23 (Alkohol, Drogen etc.) nach neuestem medizinischem Kenntnisstand gestaltet sein. Auch bspw.
24 ein Entzug über lange Frist oder das Etablieren eines weniger schädlichen Konsumverhaltens
25 müssen in die Erwägungen für Substitutionsbehandlungen regelhaft mit einbezogen werden,
26 nicht nur das möglichst schnelle Absetzen ohne Betrachtung der einzelnen Umstände.

27 6. Nahrungsmittel sollen gesundheitsfördernd sein, das medizinische Angebot bei der
28 Therapie aller Krankheiten ist auszuweiten. Insbesondere für Frauen, die oftmals mit
29 Mehrfachtraumatisierungen noch mehr unter dem Gefängnisalltag leiden, muss die Möglichkeit
30 der freien Arztwahl gegeben werden.

31

32 **Begründung:**

33

34 Die hessische Landesregierung hat es in den letzten Jahren u.a. kontinuierlich versäumt, gut
35 finanzierte und konzeptionierte Jugendarbeit mit Drogenprävention zu verbinden und jungen
36 Menschen gut erreichbare Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere einmalig
37 stattfindende Präventionstage in der Schule werden oftmals von der Polizei, also der
38 Strafverfolgungsbehörde selbst durchgeführt, wodurch ein offenes Gespräch mindestens stark
39 erschwert wird. Ein besonderer Fokus sollte dar-über hinaus auf den ländlichen Raum gelegt
40 werden, in dem Angebote zur Jugendarbeit nicht immer für alle gut erreichbar sind.

41 Maßnahmen zur Prävention allein sind jedoch nicht ausreichend. Für diejenigen, die
42 schlussendlich doch zu einer Haftstrafe verurteilt werden, muss es auch in Gefängnissen möglich
43 sein, Entscheidungen über ihr eigenes Leben zu treffen und ihren All-tag (in Grenzen)
44 selbstständig zu gestalten, um später erneut in der Gesellschaft Fuß zu fassen.
45 Gefängnisreformen aus anderen Ländern (insb. Norwegen) haben gezeigt, dass es einen großen
46 Vorteil hat, die Umstände innerhalb eines Gefängnisses so weit wie sinnvoll möglich denen
47 außerhalb des Vollzugs anzugleichen, um den Gefangenen das Leben nach der Haft nicht noch
48 unnötig zu erschweren.

49 Besonders beim Thema der Substitutionsmöglichkeiten ist das System nach wie vor nur
50 unzureichend ausgebaut. Nordrhein-Westfalen ist als eines der ersten Bundesländer wichtige
51 Schritte in die Richtung gegangen, eine Substitution nicht nur im Ausnahmefall zu ermöglichen
52 und entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

53

54

55 angenommen

56 abgelehnt

57 überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle

Antrag: RI 7

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ersatzfreiheitsstreifen entbehrlich machen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3
4

5 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass
6 Ersatzfreiheitsstrafen in Hessen nur noch in der Theorie existieren, aber nicht mehr in der Praxis
7 Anwendung finden. Um dies zu erreichen, sollen auf Landesebene folgende Maßnahmen
8 getroffen werden:

9 1. Es bedarf einer deutlichen Differenzierung zwischen der Zahlungsunfähigkeit und der
10 Zahlungsunwilligkeit der Verurteilten. Verurteilte, die lediglich zahlungsunfähig sind, brauchen
11 gezielte Unterstützung, die durch Staatsanwaltschaft, Gericht, Rechtspflege sowie aufsuchende
12 Sozialarbeit vom Beginn des Ermittlungsverfahrens bis zum Ende des
13 Strafvollstreckungsverfahrens zu leisten ist.

14 2. Korrespondenzen von Staatsanwaltschaften und Gericht, wie z.B. Anhörungsbögen,
15 Strafbefehle oder auch Zahlungsaufforderungen, sind in einfacher Sprache zu formulieren sowie
16 in den gängigen bzw. spezifisch passenden Fremdsprachen zu übersetzen, um den
17 Adressat*innen bereits im Straferkenntnisverfahren zu verdeutlichen, welche Konsequenzen bei
18 Nichtbeantwortung drohen.

19 3. Es bedarf sowohl früherer als auch mehr aufsuchender Sozialarbeit. Idealerweise sollte
20 nach der ersten unbeantworteten Mahnung persönlicher Kontakt aufgenommen werden, um
21 gemeinsam mit der verurteilten Person eine Lösung zu erarbeiten.

22 4. Der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe sollte das allerletzte Mittel sein, gemeinsam mit den
23 betroffenen Verurteilten müssen vorrangig alle weiteren Möglichkeiten wie
24 Ratenzahlungsvereinbarungen oder die Ableistung gemeinnütziger Arbeit ausgeschöpft werden.

25 5. Verurteilte sollen bevorzugt in gemeinnützige Arbeit vermittelt werden. Dies kann jedoch
26 nur funktionieren, wenn auch solche Stellen in der Praxis verfügbar sind. Hierfür sollen gezielt

27 Unternehmen kontaktiert sowie auch staatliche Stellen geschaffen werden, beispielsweise als
28 Wahlhelfer*innen.

29

30 **Begründung:**

31

32 Ersatzfreiheitsstrafen stellen eine erhebliche Belastung für zahlungsfähige Betroffene dar, die
33 sowohl für das Privat- als auch das Berufsleben dramatische Folgen haben können, wie z.B. der
34 Verlust der Wohnung oder des Arbeitsplatzes. Betroffene Verurteilte sind häufig mit der
35 gerichtlichen Korrespondenz überfordert und können aufgrund von Einschränkungen
36 gesundheitlicher Art, z.B. Drogenabhängigkeit oder psychische Erkrankungen, oder ggf. aufgrund
37 bildungsferner Hintergründe nicht selbständig eine Zahlungsvereinbarung treffen oder ihren
38 Alltag so organisieren, dass sie entsprechende gemeinnützige Arbeit stattdessen leisten können.
39 Betroffen von der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen sind im seltensten Fall wohlhabende
40 und zahlungsunwillige Personen, sondern in der Regel finanziell ärmere oder bildungsferne
41 Verurteilte.

42 Die Verurteilung zu einer Geldstrafe und nicht zu einer Freiheitsstrafe ist eine bewusste und
43 zielgerichtete Entscheidung des Gerichts, die nicht aufgrund von Zahlungsunfähigkeit umgangen
44 werden kann. Eine Freiheitsstrafe ist ein massiver Grundrechtseingriff, der nur in den vom Gesetz
45 vorgesehenen Ausnahmefällen verhängt werden sollte, wenn also die persönlichen Umstände
46 der Täter*innen sowie die konkreten Umstände der Tat es erforderlich machen, eine solche Strafe
47 auszusprechen.

48 Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen sinnvoll: Ein Tag
49 Haft verursacht ca. 170 € Kosten pro Person. Hinzutritt der immense Verwaltungsaufwand für die
50 Justizvollzugsanstalten bei der Vollstreckung derart kurzer Gefängnisaufenthalte.

51 Korrespondierend zu diesem Antrag fordern wir auf Bundesebene die Erweiterung der
52 Möglichkeiten der zivilrechtlichen Zwangsvollstreckung (Pfändung) im
53 Strafvollstreckungsverfahren, die Entkriminalisierung des "Schwarzfahrens" sowie die kritische
54 Überprüfung der aktuellen Ausgestaltung von Strafbefehlen.

55

56

57 angenommen

58 abgelehnt

59 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: B 1

Antragsteller: Jusos Fulda

Adressat: SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Angleichung der Längen von Schulhalbjahren

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Fraktion im Landtag setzt sich dafür ein, die Länge der Schulhalbjahre an hessischen
4 Schulen auf 19. Bzw. 20 Schulwochen, unabhängig von der Lage der Schulferien, festzulegen.
5 Dabei entfallen 20 Schulwochen auf das erste Halbjahr, 19 auf das zweite.
6 Verkürzungen bzw. Verlängerungen der Schulferien finden nicht mehr statt.

7
8

9 **Begründung:**

10

11 Die Bundesländer haben sich mehrheitlich darauf geeinigt, ihre Schulferien an unterschiedlichen
12 Terminen zu beginnen, um einer Überlastung der Autobahnen zur Urlaubszeit vorzubeugen.
13 Gleichzeitig ist aber der Schulhalbjahreswechsel vom ersten zum zweiten Halbjahr in Hessen auf
14 die letzte Januarwoche festgelegt. Das führt dazu, dass die Längen der Halbjahre in denjenigen
15 Jahren, in denen die Sommerferien besonders früh oder besonders spät beginnen, ungleich
16 ausfallen. Dadurch sind die Zeiträume, in denen mündliche Noten erhoben werden bzw. in denen
17 auf die schriftlichen Klausuren vorbereitet wird, ebenfalls unterschiedlich lang, was dazu führt,
18 dass Schulnoten noch weniger vergleichbar und gerecht sind als ohnehin schon. Die simple
19 Festlegung gleicher Halbjahreslängen löst dieses Problem unkompliziert und ohne den
20 Kompromiss zwischen den Ländern anzutasten.

- 21
- 22 angenommen
- 23 abgelehnt
- 24 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	B 2
<u>Antragsteller:</u>	Jusos Kassel-Land
<u>Adressat:</u>	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion Juso-Landekonferenz
<u>Betr.:</u>	Verpflichtung eines Besuchs einer NS-Gedenkstätte

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Hessische Landtagsfraktion wird gebeten, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

4 1. Das Hessische Kultusministerium soll eine Auswahl an Konzentrationslagern und
5 Vernichtungslager Gedenkstätten erstellen, welche für einen Schulbesuch in Frage
6 kommen würden

7 a. dabei soll auf einen didaktischen Mehrwert geachtet werden

8 2. Der Besuch, sowie eine fundierte Vor- und Nachbereitung soll in einem passenden Fach,
9 im jeweiligen Kerncurriculum¹ untergebracht werden, wie beispielsweise „Geschichte“,
10 „Politik und Wirtschaft“ oder „Gesellschaftslehre“

11 3. Der Besuch soll für alle Lernende ab der neunten Klasse verpflichtend sein und ebenfalls
12 im jeweiligen Kerncurriculum festzuschreiben

13

14 **Begründung:**

15

16 Die Erinnerungskultur ist eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe.

17 Leider ist sie noch nicht ausreichend in allen hessischen Lehrplänen fest verankert.

18 Bereits 2019, forderte der Zentralrat der Juden die Einführung einer solchen Pflicht für alle
19 Lernende, welche vom hessischen Kultusminister Lorz abgelehnt wurde, mit der Begründung:
20 dass Zwang zu einer Abwehrhaltung aufseiten der Schülerinnen und Schüler führen könnte und
21 damit kontraproduktiv sein kann². Diese These ist nicht nur faktisch falsch, sondern zeugt auch
22 von einer Fehlinterpretation von Erinnerungskultur.

23 Erinnerungskultur darf und soll ungemütlich sein, da sie sich mit einem noch ungemütlicheren
24 Thema auseinandersetzt. Die Tragweite des Holocausts kann nicht in einem Klassenzimmer
25 vermittelt werden. Die systematische Vernichtung von über 6.000.000 Menschen ist ein
26 Bestandteil der deutschen Geschichte, den es durch eine Erinnerungskultur zu verhindern gilt.

27 Diese Emotionen, welche ein Konzentrations- oder Vernichtungslager vermitteln sind hierfür
28 unumgänglich.

29 Der emotionale Abstand zum Holocaust wächst von Generation zu Generation, die Zeitzeugen
30 sterben die nächsten Jahre und soll deshalb durch einen verpflichtenden Besuch einer NS-
31 Gedenkstätte verkürzt werden, denn nur erinnern und fühlen heißt nicht zu vergessen.

32

33 angenommen

34 abgelehnt

35 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: B 3

Antragsteller: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landesfraktion

Betr.: Schule von gestern, Kinder von heute Probleme von morgen
– FLEX Einführen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass

4 an allen hessischen Grundschulen eine flexible Schuleingangsstufe, sowie ein damit

5 einhergehender jahrgangsübergreifender Unterricht in der ersten und zweiten Klasse als

6 Regelfall bis spätestens zum Jahr 2030 eingeführt wird. Schulen, welche jetzt schon

7 jahrgangsübergreifenden Unterricht praktizieren oder beschlossen haben, sollen dabei vorrangig

8 durch Fachkräfte unterstützt werden.

9 Auf die Vorschulen soll kein Einfluss genommen werden.

10

11 **Begründung:**

12

13 Wenn Kinder eingeschult werden, unterscheiden sie sich in vielerlei Hinsichten. Die Heterogenität

14 ist in Grundschulen so groß, wie an keinen anderen Schulen. Die Unterschiede sieht man nicht

15 nur bei kognitiven Fähigkeiten und schon erworbene Kompetenzen, wie beispielsweise dem

16 Lesen, sondern auch bei sozio-kulturellen und ökonomischen Hintergründen.

17 Bei einer Grundschule mit flexibler Schuleingangsstufe wird genau darauf Rücksicht genommen,

18 die Kinder haben die Möglichkeit, auf verschiedenen Wegen und in ihrem individuellem

19 Lerntempo ihre Kompetenzen zu erweitern. Man kann gezielt einzelne Kinder in einzelnen

20 Fächern besser fördern – was beim klassischen „Überspringen“ einer Klasse nicht möglich ist.

21 Bei uns in Hessen gibt es seit dem 1. August 2007 die Möglichkeit eines flexiblen Schulanfangs

22 gemäß § 20 des Hessischen Schulgesetzes, die Jahrgangsstufen eins und zwei zusammen zu

23 unterrichten und so den Kindern eine Verweildauer von ein bis zu drei Jahren zu ermöglichen. Es

24 gibt immer mehr Grundschulen, die davon Gebrauch machen.

25 Man kann nicht mit einem Schulsystem von vorgestern, den Kindern von heute, bei den

26 Problemen von morgen helfen. Die Jüngsten sind heute in anderen Ausgangssituationen, als vor

27 20 Jahren

28 Mit diesem Antrag soll der Grundschulunterricht in Form einer flexiblen Schuleingangsstufe,
29 vorangebracht werden, kompetent begleitet und zukunftsorientiert umgesetzt werden.

30

31 angenommen

32 abgelehnt

33 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: B 4

Antragsteller: Jusos Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Reform des Jura-Studium in Hessen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Zur Verbesserung der Qualität des Jura-Studiums in Hessen und insb. des ersten Staatsexamens
4 wird Folgendes beschlossen:

5

6 1) In das Studium der Rechtswissenschaften an hessischen Universitäten wird der Abschluss
7 eines „Bachelor of Laws“ integriert. Dieser ersetzt nicht das Staatsexamen bzw. die
8 Pflichtfachprüfung. Er eröffnet Studierenden lediglich eine zusätzliche Option, sich im Verlauf
9 ihres Werdegangs neu zu orientieren, ohne das Studium abbrechen zu müssen.

10 2) In der staatlichen Pflichtfachprüfung wird die Möglichkeit des sogenannten Abschichtens von
11 Klausuren geschaffen, d.h. es müssen nicht alle sechs Klausuren in einem eineinhalbwöchigen
12 Durchlauf geschrieben werden, sondern dies kann bspw. über den Verlauf von zwei oder drei
13 Semestern geschehen. Die Möglichkeit, dennoch alle Klausuren in einem Durchgang zu
14 schreiben (wie bisher), ist beizubehalten.

15 3) Sowohl für das erste als auch das zweite Staatsexamen wird das E-Examen verbindlich und
16 unverzüglich eingeführt.

17 4) Die Bildung der Gesamtnote im ersten Staatsexamen (Pflichtfachprüfung und universitärer
18 Schwerpunkt) ist dahingehend zu verändern, dass nicht nur der Ausgang der sechs schriftlichen
19 Arbeiten darüber entscheidet, ob eine Zulassung bzw. Wertung der weiteren Prüfungen und
20 Notenbestandteile (i.e. mündliche Prüfung und Schwerpunktnote) überhaupt erfolgt. Eine
21 Kommission zur Erarbeitung entsprechender Lösungsvorschläge mit Vertreter*innen des Landes
22 und der Universitäten ist dafür einzusetzen.

23 5) Die Praxis der Bekanntgabe der Nicht-Zulassungen zur mündlichen Prüfung über eine Liste
24 auf der Internetseite des Justizprüfungsamtes wird abgeschafft.

25

26 **Begründung:**

27

28 Die Juristenausbildung in Hessen und Deutschland bedarf einer grundlegenden Reform. Laut
29 zweier aktueller, breit angelegter Umfragen des Bundesverbands rechtswissenschaftlicher
30 Fachschaften e.V. aus den Jahren 2020 und 2022 würden ca. 70% der Befragten das Jura-
31 Studium wegen des psychischen Drucks „eher nicht“ oder sogar „auf gar keinen Fall“
32 weiterempfehlen. Vor allem die Angst, letztendlich das Examen nicht zu schaffen und nach dem
33 Studium „mit nichts“ dazustehen übt eine große Belastung auf die Studierenden aus. Und diese
34 Sorge ist leider durchaus berechtigt: Je nach Universität scheitern in Hessen kontinuierlich 20-
35 30% der Kandidat*innen mindestens am ersten Versuch des ersten Staatsexamens. Viele von
36 ihnen treten zu einem Folgeversuch gar nicht erst an oder verbessern sich nur unwesentlich, was
37 sich ebenfalls statistisch belegen lässt.

38 Zur psychischen Belastung trägt zudem bei, dass zur Erlangung des ersten Staatsexamens
39 zunächst sechs fünfstündige Klausuren in einem Zeitraum von nur ca. eineinhalb Wochen
40 handschriftlich geschrieben werden müssen. Wer nach zumeist mindestens fünfjährigem Studium
41 diese Klausuren nicht besteht, wird zur mündlichen Prüfung gar nicht erst zugelassen und auch
42 die Note aus dem universitären Schwerpunkt kommt nicht zum Tragen. Der Fokus wird somit
43 zunächst ausschließlich auf ein einziges Prüfungsformat gelegt – wer es durch dieses Nadelöhr
44 nicht schafft, hat keinerlei Gelegenheit, die Examensnote durch Leistungen wie z.B. mündliche
45 Prüfungen oder Seminararbeiten zu beeinflussen.

46 Im Gesamtdurchschnitt liegen die erreichten Noten aller Kandidat*innen zum ersten
47 Staatsexamen zudem seit Jahren nur im Bereich „ausreichend“, was für alle Rechtsgebiete gilt
48 (Öffentliches Recht, Strafrecht, Zivilrecht): Während es theoretisch möglich ist, bis zu 18 Punkte
49 zu erreichen, kamen die hessischen Kandidat*innen im Jahr 2021 im Schnitt auf gerade einmal
50 5,35 Punkte. Vor dem und im Examen sind die Studierenden somit einer Bewertungsskala
51 ausgesetzt, die von den tatsächlichen Leistungen mittlerweile fast vollständig entkoppelt ist – weil
52 sie im unteren Bereich äußerst wenig Raum zu nachvollziehbarer Differenzierung bietet und am
53 oberen Ende nahezu Unerreichbares verlangt: 2021 gelang es landesweit nur gut 3% der
54 Prüflinge, die Note „gut“ zu erhalten. Die Note „sehr gut“ wurde in diesem Jahr im hessischen
55 ersten Staatsexamen nicht ein einziges Mal vergeben.

56 Gleichzeitig sinken sowohl die Anzahl der Studienanfänger*innen als auch die der
57 Absolvent*innen in den Rechtswissenschaften immer weiter. Gerichte, Staatsanwaltschaften,
58 aber auch Kanzleien und die Verwaltung suchen händeringend nach Nachwuchs. Die einzige,
59 eher halbherzige Antwort scheint oft zu sein, die Notengrenzen für eine mögliche Einstellung
60 sukzessive herabzusetzen, ohne dabei aber zu hinterfragen, wieso Wirklichkeit der
61 Juristenausbildung und Ansprüche potentieller Arbeitgeber immer weiter auseinanderklaffen.

62 Teilweise wurde der große Reformstau auch seitens der aktuellen Landesregierung anerkannt,
63 ihre Vorschläge zur Verbesserung der Situation greifen aber deutlich zu kurz. Während es zu
64 begrüßen ist, dass über die längst überfällige Einführung eines Abschlusses des „Bachelor of

65 Laws“ zumindest diskutiert wird, stehen hier konkrete Umsetzungsschritte weiter aus, obwohl in
66 anderen Bundesländern bereits verschiedene, bewährte Varianten dieses Abschlusses
67 existieren. Auch ein sogenanntes E-Examen, also zumindest die Möglichkeit, die Klausuren am
68 Computer (und nicht mehr von Hand) schreiben zu können, steht nach wie vor für erstes und
69 zweites Staatsexamen aus, trotz vager Ankündigungen.

70 Auch hat sich die Landesregierung bisher kategorisch verweigert, eine Möglichkeit zum
71 sogenannten Abschichten von Examensklausuren zu geben. In Niedersachsen und Nordrhein-
72 Westfalen ist dieses Vorgehen bereits geübte Praxis. Das Abschichten zumindest optional zu
73 ermöglichen, bringt gleich mehrere Vorteile mit sich: Zum Beispiel bei Krankheit, Nervosität oder
74 weiteren, nicht vorhersehbaren persönlichen/familiären Problemen eine*r Kandidat*in wirkt sich
75 der Nachteil nicht gleich auf das ganze Examen aus, sondern ggf. lediglich auf einzelne
76 Klausuren. Auch würde ein Abschichten dazu führen, dass die Ergebnisse bereits nach und nach
77 eintreffen und somit die Planungssicherheit für die Studierenden deutlich gesteigert wird. Im
78 Moment ist der Regelfall, dass Studierende bei Erhalt der Ergebnisse – nach oft monatelangem
79 Warten – in kürzester Zeit weitreichende Entscheidungen über ihre Lebensumstände treffen
80 müssen (im Besonderen mit Blick darauf, ob ein Wiederholungs-/Verbesserungsversuch nötig
81 werden wird und wie man entsprechend die Finanzierung der Zeit bis dahin sicherstellt, wobei es
82 sich oft mindestens um ein halbes Jahr handelt).

83

84

- 85 angenommen
- 86 abgelehnt
- 87 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: B 5

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Das Fahrschulsystem endlich anpacken!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Ob für den Weg zur Arbeit oder zur Schule, zu Freizeitveranstaltungen oder im Notfall. Viele
4 Menschen sind auf ein Auto und damit auf einen Führerschein angewiesen. Doch das
5 Fahrschulsystem ist veraltet. Die Fahrschulen sind überlastet, es gibt zu wenig Fahrlehrer*innen
6 und BiPOC und Frauen berichten über sexistischen und rassistischen Übergriffen in der
7 Fahrschule. Für das veraltete System muss es eine ordentliche Reform geben.

8 Fahrlehrer*innen-Ausbildung

9 Die Fahrschulbranche leidet unter einem besorgniserregenden Fachkräftemangel. Seit Jahren
10 besteht ein dringender Bedarf an Fahrlehrern, und die Situation wird sich in den kommenden
11 Jahren voraussichtlich weiter verschlechtern, da die Branche überaltert ist und viele Fahrlehrer
12 in den Ruhestand gehen. Früher war es üblich, dass die Bundeswehr eine beträchtliche Anzahl
13 von Fahrlehrern ausbildete und mehr als 30 Prozent des Fahrlehrerbedarfs abdeckte. Allerdings
14 hat sich die Bundeswehr inzwischen fast vollständig aus der Fahrlehrerausbildung
15 zurückgezogen, was zu einem eklatanten Fachkräftemangel in der Branche geführt hat,
16 insbesondere in den letzten 10 Jahren.

17 Die Hürden für die Fahrlehrer*innen-Ausbildung sind trotz Reform noch zu hoch. Die Ausbildung
18 zum Fahrlehrer dauert mindestens ein Jahr und besteht aus Theorie und einem Lernpraktikum.
19 Die Kosten für die Ausbildung müssen selbst getragen werden und summieren sich auf 15.000 –
20 20.000 Euro. Außerdem müssen Fahrlehrer*innen bereits eine abgeschlossene
21 Berufsausbildung haben. Das Interessierte in einem Gebiet, in dem dringende Fachkräfte gesucht
22 werden, die Ausbildungskosten selbst tragen, lehnen wir ab. Die Kosten für die
23 Fahrlehrerausbildung müssen daher vollständig übernommen werden.

24 Die Mindestanforderung für die Fahrlehrerausbildung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung
25 oder ein gleichwertiger Abschluss wie Abitur und Fachabitur. Auch diese Hürde muss gesenkt
26 werden, um Haupt- und Realschüler*innen den Zugang zur Ausbildung zu ermöglichen.

27 Viele Fahrschüler*innen erleben häufig verbale Auseinandersetzungen mit Fahrlehrer*innen.

28 Deshalb soll in der Ausbildung ein stärkerer Fokus auf die Pädagogik gelegt werden um allen
29 Fahrschüler*innen gerecht zu werden.

30 Um mehr Menschen und vor allem BIPOC-Personen und Frauen für die Fahrlehrerausbildung zu
31 motivieren, soll eine Informations- und Imagekampagne gestartet werden.

32 Fahrschulunterricht

33 Momentan müssen Fahrschüler*innen einen Fragenpool von mehr als 1200 Fragen lernen. Dabei
34 handelt es sich um Fragen des Gefahrenbewusstseins, Verkehrszeichen, Verkehrssituationen
35 usw. Der Umfang des Fragenpools soll erheblich reduziert werden und sich auf praxisrelevante
36 Fragen beschränken.

37 Der Zugang zur Software, die für die Ausbildung und theoretische Prüfung notwendig ist, sollte
38 kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Außerdem soll die Lizenzbefristung aufgelöst werden,
39 damit man unabhängig von der Fahrschulbildung Zugang kostenlosen Zugang zu den Fragen
40 hat.

41 Prüfung

42 Die theoretische und praktische Führerscheinprüfung stellt einen erheblichen Kostenfaktor für
43 Fahrschüler*innen dar. Zusammen belaufen sich die Kosten für beide Prüfungen auf mehr als
44 350 Euro. Wir fordern den Preis für die praktische Prüfung zu deckeln und die Gebühr für die
45 theoretische Prüfung abzuschaffen.

46 Kosten

47 Die Kosten für den Führerschein sind besonders seit der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg
48 stark angestiegen. In Kombination mit langen Wartezeiten aufgrund von zu vielen Fahrschülern
49 und zu wenigen Fahrlehrern ergeben sich lange Ausbildungszeiten und hohe Kosten. Dies stellt
50 insbesondere für Menschen, die nicht die finanziellen Mittel für eine Fahrschulbildung
51 zurücklegen konnten, eine große Herausforderung dar. Selbst mit einer Berufstätigkeit sind die
52 Kosten kaum zu bewältigen. Das Sparen für weitere Fahrstunden kann zu Verzögerungen führen
53 und sich negativ auf die Ausbildung auswirken. Daher ist es notwendig, einen bundesweiten
54 Kostendeckel für Fahrschulen einzuführen, der von einer Kommission festgelegt und regional
55 angepasst werden kann.

56 Ein Führerschein bietet Flexibilität und ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere
57 bei jungen Menschen, die keinen Führerschein besitzen und keine Ausbildung absolvieren, sollte
58 geprüft werden, ob die Kosten von Jobcentern übernommen werden können.

59 Belästigung und Diskriminierung entgegenwirken!

60 Sexismus und sexuelle Belästigung in Fahrschulautos ist kein Sonderfall, sondern gehört zu einer
61 Erfahrung, die viele junge Frauen machen müssen. Der Bundesverband der
62 Frauenberatungsstelle stellt etliche Fälle sexueller Belästigung und Diskriminierung in der
63 Fahrschule fest. Es besteht ein Machtverhältnis zwischen Fahrlehrer*innen und
64 Fahrschüler*innen die mit einer räumlichen Begrenzung und Unsicherheit im Straßenverkehr

65 einhergeht. Den Angstrom Fahrschulauto können wir als Gesellschaft nicht hinnehmen. Daher
66 fordern wir eine repräsentative Studie zu Diskriminierung und sexueller Belästigung in
67 Fahrschulen.

68 Junge Frauen und BIPOC-Personen müssen schon jetzt vor sexuellen Übergriffen geschützt
69 werden. Die Sensibilisierung und Schulung für sexistische und rassistische Strukturen muss Teil
70 der Ausbildung von Fahrlehrer*innen werden. Außerdem braucht es deutliche Anlaufstellen für
71 Fälle von sexueller Belästigung und Diskriminierung die unabhängig von der Fahrschule
72 aufzufinden sind.

73

74 **Begründung:**

75

76 Erfolgt mündlich.

77

78

79 angenommen

80 abgelehnt

81 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	SZ 1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Psychotherapie auf den neuesten Stand bringen, Neurodivergente Personen und Personen mit psychischen Erkrankungen unterstützen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Therapieplatzsuche ist für Betroffene eine riesige Herausforderung. In sehr schwierigen
4 Lebenssituationen suchen Menschen oft Monate nach einem Therapieplatz, und erhalten selbst
5 dann nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Es ist also eine zusätzliche Hürde, für Menschen,
6 die ohnehin unter hoher psychischer Belastung leiden.

- 7 • Die Suche nach Therapieplätzen wird dadurch erschwert, dass die meisten
8 Psychotherapeut*innen – anders als bei Arztpraxen – keine Unterstützung bei der
9 Terminvergabe oder den Abrechnungen haben. Telefonische Sprechzeiten sind in vielen
10 Fällen auf wenige Stunde pro Woche begrenzt, erst dann erfahren Betroffene, dass es
11 möglicherweise keine freien Plätze mehr gibt. Dem soll entgegen werden, in dem
12 Praxisgemeinschaften mit Sprechstundenhilfen gezielt gefördert werden, um
13 Therapeut*innen zu entlasten, und Betroffene besser zu unterstützen.
- 14 • Gleichzeitig gibt es eine Reihe an wissenschaftlich fundierten Therapieformen, die nicht
15 von den gesetzlichen Krankenkassen anerkannt werden: Beispielsweise die gleichzeitige
16 Anwendung von Tiefen- und Verhaltenstherapie oder die Anwendung von EMDR auch
17 außerhalb der momentan gültigen strengen Richtlinien. Insgesamt ist es wichtig, dass die
18 Kostenübernahme bei psychotherapeutischen Verfahren flexibler und fundierter wird, und
19 auch neue Verfahren schneller und unbürokratischer übernommen werden können.
- 20 • Um auf neue Probleme einzugehen, sollte auch die interkulturelle Psychotherapie in die
21 Ausbildung von Psychotherapeut*innen übernommen werden.
- 22 • Es muss eine tatsächliche Therapieplatzgarantie geben, die sich nicht nur auf die Garantie
23 für eine erste Sprechstunde begrenzt. Denn auf die Sprechstunde folgen oftmals lange
24 Wartezeiten, wenn die*der erste Therapeut*in überhaupt eine gute Beziehung zu dem*der
25 Behandelnden aufbauen kann.

26 **Begründung:**

27

28 Psychotherapie ist ein wirksames Verfahren, das vielen Menschen weltweit bei diversen
29 psychischen Erkrankungen hilft. Doch aktuell ist die Suche nach einem Therapieplatz nur eine
30 zusätzliche Belastung. Zusätzlich wird die Psychotherapie immer mehr endstigmatisiert, eine sehr
31 positive Entwicklung, die jedoch dazu führt, dass die ohnehin begrenzten Therapieplätze noch
32 umstrittener werden. Auch die Folgen der Corona-Krise sowie die finanziellen Sorgen der
33 vergangenen Jahre tragen zu einer noch höheren Nachfrage bei. Dieser Nachfrage muss gezielt
34 begegnet werden, in einer Weise die wissenschaftlichen Erkenntnisse anerkennt und auch die
35 Bedürfnisse und Wünsche von Therapeut*innen sowie Patient*innen einbezieht.

36

37

38 angenommen

39 abgelehnt

40 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: SZ 2

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern, dass die SPD-Bundestagsfraktion darauf hinwirkt, die Umlagefähigkeit der
4 Grundsteuer abzuschaffen. Dadurch werden die rund 45.000.000 Menschen, die in Deutschland
5 zur Miete leben, substanziell entlastet und diejenigen, die über Eigentum verfügen, auf ihren
6 gerechten Anteil verpflichtet.

7

8 **Begründung:**

9

10 Die Grundsteuer ist derzeit die einzige existierende Vermögenssteuer in Deutschland. Sinn und
11 Zweck der Grundsteuer ist es, Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken zur
12 besteuern, und sie damit auf ihren gerechten Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens zu
13 verpflichten. Nach derzeit geltendem Miet- und Steuerrecht können Vermieterinnen und
14 Vermieter die Grundsteuer jedoch vollständig auf ihre Mieterinnen und Mieter umlegen. Das ist
15 in höchstem Maße ungerecht, weil dadurch, zumeist eigentumslose, Menschen die Steuern von
16 Eigentümerinnen und Eigentümern entrichten müssen. Menschen, die hart für ihr Einkommen
17 arbeiten, werden somit über die Grundsteuer enorm belastet, während Menschen, die ihr
18 Einkommen über Kapitalrenditen erwirtschaften, steuerlich stark entlastet werden. Dadurch
19 profitieren nicht nur private Vermieterinnen und Vermieter, sondern insbesondere große
20 Wohnungskonzerne, wie Vonovia oder die Deutsche Wohnen AG.

21

22 Eine Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer ist somit eine Gerechtigkeitsfrage und
23 eine Frage des Respekts vor der hart arbeitenden Bevölkerung, die in Zeiten von explodierenden
24 Mietpreisen und hoher Inflation häufig kaum noch ihren Lebensunterhalt finanzieren kann.

25

26

27

- 28 angenommen
- 29 abgelehnt
- 30 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: SZ 3

Antragsteller: Jusos Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag

Betr.: Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Förderungsmöglichkeiten von Kommunen, Sportvereinen und Sozial-karitativen Jugendclubs
4 für die Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch präventive Sozialarbeit
5 programm-technisch, zu verbessern: Bewilligung von Projektmitteln bei akutem
6 Handlungsbedarf, Sensibilisierung der Kinder- und Jugendwohlfahrt des Landes, Senkung
7 finanzieller Hürden zur Teilnahme an Kinder-, Jugend- und Bildungsprogrammen.

8

9 **Begründung:**

10

11 Die Corona Pandemie und der Krieg am Rand der Europäischen Union haben gezeigt, dass junge
12 Menschen ab dem Eintritt in das Jugendalter in Europa psychisch (schwer) belastet sind. Die
13 Folgen der Lockdown-Phasen und das tägliche Medienangebot mit Bildern von Eskalation und
14 Verletzung haben Jugendliche in den Zustand mentaler Belastung versetzt. Fehlende
15 Orientierungsmöglichkeiten und erlernte Bewältigungsmöglichkeiten, die fehlende Ausübung
16 physischer Betätigung im Körperkontakt in sportlichem Rahmen, führen bei Kindern- und
17 Jugendlichen zu teilweise gewalttätigen und unausgeglichenen Verhaltensmustern.

18

19 Indem private und soziale Träger ausreichend finanzielle und materielle Mittel gewilligt werden:

20 1. Wird Personal zur Betreuung /Sozialer Arbeit besser und attraktiver finanziert.

21 2. Können bessere Konzepte für kollektive Bewältigungsaufgaben erarbeitet werden.

22 3. Werden die Zugangsmöglichkeit und die Teilnahme-Kapazitäten verbessert. Insbesondere
23 durch, Netzwerken und Fortbildungen von Sozialarbeiter*Innen unter- einander können lokal
24 Lagebilder und effizienter Präventionskonzepte erstellt werden.

25

26 Hierdurch entsteht ein breites Angebot an Betätigungen, die eine nachhaltige soziale und
27 integrative Wirkung entfaltet. Junge Menschen können im Idealfall zwischen Individual und

28 Gruppenorientierten Aktivitäten auswählen. Dies sorgt für ein ausgeglichenes Verhältnis
29 zwischen gruppenorientiertem Lernen und individuellem Entwicklungspotenzial.
30 Aufklärungsunterricht über Gewaltprävention an vereinzelt Tagen im Schuljahr ist keine
31 nachhaltige Lösung. Vielmehr sollten junge Menschen, die Chance haben von ihren Erfahrungen
32 wahlweise in einem offen und in einem geschützten Rahmen bewältigen zu können. Dafür könnte
33 Module in ein Kommunales Konzept aus Sport- und Entwicklungsförderung integriert werden.
34 Diese Projekte sollten mit jungen Menschen und Expert*Innen aus Vereinen und Gesellschaft
35 regelmäßig reflektiert werden. Und die Ergebnisse sollten im Rahmen öffentlichkeitswirksamer
36 Veranstaltungen präsentiert werden. Jugend ist Zukunft!

37

38 Quellen:

39 Lokales Ereignis;

40 <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/opfer-von-eisenstangen-attacke-in-marburg-ich-bin-nicht-mehr-so-wie-frueher-v1.opfer-gewalttat-marburg-100.html>

42 Lokale Expert*Innen:

43 <https://www.mittelhessen.de/lokales/kreis-marburg-biedenkopf/marburg/wie-sich-paedagogen-gegen-jugendkriminalitaet-in-marburg-stemmen-2473521>

45 Studie der Bundesregierung

46 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/corona-kinder-und-jugendliche-2163490>

47

48

49 angenommen

50 abgelehnt

51 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	SZ 4
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Schattenwirtschaften bekämpfen – Reinigungskräfte fair entlohnen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Viele Haushalte in Deutschland beschäftigen Reinigungskräfte oder Haushaltshilfen,
4 beispielsweise auf Grund körperlicher Einschränkungen, oder in Familien, in denen beide
5 Elternteile in Vollzeit arbeiten. Doch bis zu 90% dieser Haushalte beschäftigen die
6 Reinigungskräfte illegal. Die Gründe dafür liegen auch bei den Reinigungskräften selbst, die auf
7 Grund des großen bürokratischen Aufwandes lieber in die sog. „Schwarzarbeit“ ausweichen.
8 Dafür muss eine langfristige Lösung gefunden werden, die Menschen in prekären
9 Beschäftigungsverhältnissen entlastet und unterstützt.

10 In Deutschland soll deswegen ein „Gutschein-System“ aufgebaut werden, in dem
11 Reinigungskräfte bei Agenturen angestellt werden, die Gutscheine für haushaltsnahe Leistungen
12 ausstellen können. Diese Gutscheine werden von interessierten Haushalten erworben, bei den
13 Reinigungskräften eingelöst und von diesen mit der Agentur abgerechnet. Als Vorbild kann das
14 belgische Modell der Service vouchers (Titres services) dienen. Besonders wichtig ist dabei:

- 15 - Dass die Agenturen die Reinigungskräfte aktiv bei der Anmeldung, der Abrechnung und
16 ihren Steuerzahlungen unterstützen,
17 - Dass die Reinigungskräfte mit mind. Mindestlohn vergütet werden, sowie
18 - Dass es Modelle für Mini-jobber*innen, Teilzeit- und Vollzeitkräfte gibt.

19 Dieses System soll dazu beitragen, legale Beschäftigung als attraktive und faire Alternative zu
20 etablieren. Um das System bekannt zu machen sind folgende Maßnahmen denkbar:

- 21 - Eltern kriegen bei der Geburt eines Kindes 25 Gutscheine, um sie in den ersten Monaten
22 nach der Geburt zu entlasten und zu unterstützen.
23 - Personen mit einer Behinderung kriegen je nach Schwere der Behinderung ebenfalls ein
24 Kontingent kostenloser Gutscheine zur Verfügung gestellt.
25 - In den ersten 12 Monaten nach der Einführung des Systems kriegen Haushalte bei der
26 Erstnutzung rabattierte Gutscheine.

27

28 **Begründung:**

29

30 Dieser Antrag stellt eine Ergänzung zum bisherigen Vorschlag des Arbeitsministeriums dar, das
31 ein wichtiger erster Schritt ist, aber noch nicht weitreichend genug ist.

32 Für viele deutsche Haushalte ist eine Reinigungskraft oder Haushaltshilfe eine aktive
33 Unterstützung in anspruchsvollen Lebenslagen. So ist es beispielsweise nach der Geburt eines
34 Kindes oftmals eine große Hilfe, doch auch für Personen mit körperlichen Behinderungen oder
35 psychischen Problemen ist die Haushaltsführung häufig schwer. Der Wunsch nach Unterstützung
36 ist also nachvollziehbar, doch schwer in einem legalen Umfeld durchzuführen: Denn viele
37 Reinigungskräfte bevorzugen es aufgrund der bürokratischen Hürden, das Geld „unter dem
38 Tisch“ zu erhalten. Doch ohne Sozialversicherung, ohne die Möglichkeit sich krankzumelden,
39 ohne Rente ist dies keine langfristige Lösung. Zudem sind viele der Reinigungskräfte Frauen, die
40 sich auch in Gefahr bringen, da sie in Haushalten arbeiten, ohne dass es feste Ansprechpersonen
41 gibt und ohne dass bekannt ist, wo sie sich aufhalten. Das vorgeschlagene System soll deswegen
42 gleichzeitig legale Wege attraktiver, niedrigschwelliger, und bekannter machen, und somit
43 Haushalte sowie haushaltsnahe Dienstleister*innen entlasten.

44

45

- 46 angenommen
47 abgelehnt
48 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: SZ 5

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bezirkskonferenz
SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz
SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundesparteitag

Betr.: Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für Voll- und
Teilzeitkräfte, insbesondere im Rahmen der Beschäftigung in
Zeitarbeit.

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern als SPD, einen menschenwürdigen Mindestlohn von 15 Euro für Teilzeitkräfte sowie
4 16 Euro für Vollzeitkräfte anzusetzen. Dabei ist es gleich, in welcher Art des
5 Beschäftigungsverhältnisses die Arbeitnehmer*innen stehen.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Befristete Arbeitsverträge durch Zeitarbeitsfirmen in Voll- und Teilzeit bringen finanzielle
11 Unsicherheiten mit sich. Nicht immer kommt es vor, dass entsprechende Verträge verlängert
12 werden und das Gehalt nicht nur im Zuge dessen im angemessenen Maße steigt. Auch ist häufig
13 der Stundenlohn im Verhältnis zur geleisteten Arbeit zu gering, insbesondere vor dem
14 Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten, vor allem in Mittel- und Großstätten.

15

16 Dies bringt auch eine dauerhafte Unsicherheit mit sich, wie es finanziell im Leben weitergehen
17 soll. Zeitarbeit ist zudem häufig körperlich anspruchsvollere Arbeit, sodass ein finanzieller
18 Ausgleich für die Beschäftigten als Minimum anzuerkennen ist. Zeitarbeitsfirmen verdienen
19 zudem in der Regel als Verleiher mindestens den doppelten Stundenlohn des Gehalts derjenigen,
20 welcher in einer zugewiesenen anderen Firma arbeiten. In der öffentlichen Debatte zur Zeitarbeit
21 ist häufig der Grund zu hören, die Flexibilität im Zuge der Befristung sei ein Anreizmodell und
22 damit finanziell lohnend.

23 Dies ist aus Sicht der Sozialdemokratie als unzureichende Basis gegenüber den entsprechenden
24 Beschäftigten anzusehen.

25

26 Im Zuge allgemein steigender Kosten, nicht zuletzt aufgrund des Ukraine Krieges, Corona, der
27 Inflation und, wie bereits genannt steigender Mieten, ist eine Anpassung der Löhne erforderlich.
28 Arbeitgeber, die diese vorgeschlagene Vergütung beispielsweise aufgrund der Größe des
29 Betriebes nicht leisten können, müssen hierzu vom Staat unterstützt werden. Nicht zuletzt sind
30 es die Beschäftigten selbst, welche die Geschäfte grundlegend am Laufen halten und ohne die
31 mit ihren teils niedrigen Löhnen nichts funktionieren würde. Statt immer neuen Forderungen nach
32 zusätzlichem Vermögen für die Bundeswehr, könnte ein Teil dieser Unterstützung aus dem
33 entsprechenden Etat gezogen werden.

34

35

36 angenommen

37 abgelehnt

38 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: O 1

Antragsteller: Jusos Kassel-Land

Adressat: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Grüßen können wir uns auch auf der Straße

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der Juso-Vorstand wird aufgefordert, die Vorlage der Geschäftsordnung für die jeweiligen

4 Konferenzen um folgen inhaltlichen Punkt zu ergänzen:

5 Die Dauer der Grußworte auf Juso-Konferenzen darf in Summe eine Zeitdauer von 30 Minuten

6 pro Tag nicht überschreiten. Es soll verschärft auf eine Differenzierung zwischen Grußwort und

7 inhaltlichen Beiträgen mit Aussprache geachtet werden.

8 Sollte die Anzahl der Interessierten die vorgeschriebenen 30 Minuten überschreiten, obliegt es

9 dem Präsidium diese zu priorisieren.

10 Grußworte, welche nicht in Präsenz gehalten werden, können aufgenommen und im Anschluss

11 den Delegierten digital zur Verfügung gestellt werden.

12

13 **Begründung:**

14

15 Unsere Konferenzen sind zum Diskutieren zahlreicher Anträge oder der Beratung von

16 Personalien gedacht. Dies sollte auch den Mittelpunkt einer jeden Konferenz darstellen. Die

17 Vergangenheit hat gezeigt, dass wir gerne und viel miteinander diskutieren wollen, jedoch oftmals

18 der zeitliche Rahmen dafür nicht ausreicht. Hinzu kommt, dass die Grußworte zu Beginn einer

19 jeden Konferenz zeitliche Dimensionen annahmen, die in keinem Verhältnis zur restlichen

20 Konferenz standen. Uns ist durchaus bewusst, dass ein inhaltlicher Input ein wichtiger Bestandteil

21 einer Konferenz sein kann, wodurch dieser auch seine notwendige Zeit bekommen soll.

22 Durch eine digitale Aufzeichnung können alle gewünschten Worte noch gesprochen werden, es

23 geht dabei nichts verloren und wir haben trotzdem mehr Zeit für die wesentlichen Inhalte der

24 Konferenz.

25

26 angenommen

27 abgelehnt

28 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: O 2

Antragsteller: Jusos Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Parteistruktur beginnt unten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert eine Möglichkeit zu schaffen, Abgeordnete des
4 deutschen Bundestags nicht mehr als Delegierte zu dem Bundesparteitag zuzulassen. Diese
5 Möglichkeit soll zeitnah dem Parteitag zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt werden.

6

7 **Begründung:**

8

9 Auf einem SPD-Bundesparteitag sollen die sozialdemokratischen Ideen für Deutschland
10 diskutiert und beschlossen werden.

11 Unsere Partei lebt von einem aktiven und vielfältigen Austausch durch alle
12 Gesellschaftsschichten hinweg. Deshalb ist es wichtig, dass Entscheidungen auf dem
13 Bundesparteitag von Mitgliedern getroffen werden, die nicht Teil der SPD-Bundestagsfraktion
14 sind. Um damit einen breitgefächerten Blick zu gewährleisten und dieses Verhältnis unsere
15 Parteistruktur widerzuspiegeln.

16 Als Mitgliederstarke Kommunalpartei ist es unser Anliegen, politischen Ideen unseres
17 Fundamentes zu diskutieren und umzusetzen. Dafür ist es notwendig vielen Mitgliedern die
18 Möglichkeit zu geben, Mitzudiskutieren, mitzuzentscheiden und mitzugestalten.

19 Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags sind eine wichtige Stimme auf unseren
20 Bundesparteitagen, deshalb dürfen und sollen sie weiterhin mit ihren Erfahrungen und
21 Kompetenzen ein fester Bestandteil des Parteitages sein. Hierfür genügt jedoch ein Rede- und
22 Antragsrecht.

23

24 angenommen

25 abgelehnt

26 überwiesen an

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2023 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: O 3
Antragsteller: Jusos Kassel-Land
Adressat: SPD-Bezirkskonferenz, Juso-Bezirkskonferenz
Betr.: Finanzielle Transparenz!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der Vorstand der Jusos Kassel-Land wird beauftragt, gemeinsam mit dem Betriebsrat der SPD
4 Hessen-Nord dafür zu sorgen, dass der sogenannte Haustarif für SPD-Angestellte des Bezirks
5 Hessen-Nord mehr Transparenz für Außenstehende aufweist. Besonders bei
6 Stellenausschreibungen.

7

8 **Begründung:**

9

10 Transparenz ist ein wichtiges Mittel für faire Löhne und Arbeitsbedingungen. Unsere Aufgabe
11 sollte es nicht nur sein mithilfe politischer Mittel diese umzusetzen, sondern in erster Linie auch
12 mit gutem Beispiel voranzugehen und zu zeigen, wie es richtig geht.

13

- 14 angenommen
15 abgelehnt
16 überwiesen an